Nr. 266. Halle a. S., Donnerstag den 13. November 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. Einzelnummer frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet vierteljährlich 10 Pf.
Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7808

Ein wohlverdienter Rüffel.

Das immer kläglicher werdende Verhalten Eugen Richters und seiner freisinnigen Knappen bei den Zolltarifverhandlungen im Reichstage veranlaßt auch die bürgerlich-demokratische Berliner Volkszeitung, den unentwegten Freisinnshelden gründlich den Text zu lesen. Das genannte Blatt schreibt:

Warum die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei sich in dem Obstruktionskampfe gegen die Kornzöllnerei von der Freisinnigen Vereinigung und der Sozialdemokratie trennt und somit die reaktionären Parteien indirekt, aber wirksam unterstützt, das erfährt man aus einer an auswärtige freisinnige Organe versendeten Korrespondenz und den Kommentaren, die dazu in fraktionsgetreuem Sinne geliefert werden. In Berlin scheint man sich zu genieren, derartiges als Fraktionsweisheit zu verbreiten.

Man erfährt aus dieser Korrespondenz dasselbe, was auch die Junkerorgane täglich predigen: daß die Obstruktion den Parlamentarismus schädige!

Aber diese den Zöllnern abgelauschte Weisheit galt doch noch nicht, als die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei sich an der Obstruktion gegen die Lex-Heinze beteiligte und es sich zum Ruhme anrechnete, diese Lex durch die Obstruktion hintertrieben zu haben? Nein, ihr teuren, unentwegten Richtertianer in der Provinz, damals galt diese Weisheit noch nicht. Aber beruhigt euch! Was damals gut war, ist heute schlecht! Warum? „Bei großen Kulturfragen, in der höchsten Not haben wir sie (die Obstruktion) mitgemacht; bei wirtschaftlichen Fragen sind wir dafür nicht zu haben."

Ueberwältigend! Nicht wahr! Nun muß wohl jeder Widerstand verstummen! Die Junker und Zöllner aber können ein Freudenlied anstimmen, daß die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei im Reichstage mit ihnen Schulter an Schulter die Obstruktion unschädlich machen werden! Die „revolutionäre" Obstruktion, die so verblendet ist, sich um Lappalien wie „wirtschaftliche Fragen" aufzuregen!

Allerdings, nur ein „verbohrter Freisinniger in der Vereinigung", nur ein „verstockter revolutionärer Sozialdemokrat" kann zu der für einen echten Richtertianer lächerlichen Ansicht kommen, daß auch die Erhöhung der Getreidezölle eine sehr wichtige Kulturfrage ist. Wir unsererseits haben sogar immer der Meinung gelebt, die Zolltarifrage sei eine Kulturfrage allerersten Ranges. Wenn durch die Erhöhung des Preises der wichtigsten Nahrungsmittel und Konsumartikel die Lebenshaltung von Millionen und Abermillionen Menschen, die schon jetzt zum größten Teil nur vegetieren, anstatt menschenwürdig zu leben, weiter herabgedrückt wird; wenn, wie man das monatelang sogar in den fraktionsgetreuen Blättern lesen konnte, Kummer, Hunger und Elend durch die Verteuerung des Brotes in Tausende und Hunderttausende von Familien getragen wird; wenn infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage von Millionen die Kriminalität wächst; wenn Vergehen und Verbrechen gegen das Eigentum als Folgen der Notlage der ärmsten Schichten des Volkes zunehmen; wenn bei Millionen von Handwerkern, kleinen Beamten, Arbeitern der letzte Groschen hingegeben werden muß, lediglich zur Fristung des Lebens, wenn aber für Genüsse geistiger Art nicht ein roter Heller übrig bleibt — so hat nach der neuesten Weisheit freisinnig-volksparteilichen Kalibers das alles mit der Kultur nichts zu thun!! Denn, wie man von Berlin aus in den Provinzen des Landes verbreitet, Kultur- und wirtschaftliche Fragen haben nichts miteinander gemein, sie sind zwei so verschiedene Dinge, daß sie im Parlament eine gänzlich veränderte, diametral verschiedene Behandlung erheischen! Bei den Kulturfragen darf die Fraktion Richter Seite an Seite mit der Sozialdemokratie Obstruktion machen; bei den wirtschaftlichen Fragen muß die Fraktion Seite an Seite mit dem Junker- und Zöllnertum die Obstruktion bekämpfen!

Und wenn durch neue Liebesgaben in Form maßlos erhöhter Getreidezölle das ostelbische Agrariertum auf Kosten der darbenden Mehrheit des Volkes wirtschaftlich erheblich gestärkt und gekräftigt wird; wenn es dadurch, anstatt seiner inneren Hohlheit entsprechend mehr und mehr zur wirtschaftlichen und politischen Abdankung gedrängt zu werden, durch den Massentribut der breitesten Schichten des Volkes von neuem in seiner herrschenden, privilegierten Stellung befestigt wird; wenn das Junkertum, mit dem Gelde der Armen und Aermsten wirtschaftlich und sozial abermals gehoben, diese ihm in den Schoß geworfene erhöhte Machtstellung dazu benutzt, sie in rücksichtsloser Weise politisch auszubeuten; wenn das Junkertum seine allen Kulturaufgaben feindliche Haltung um so thatkräftiger und erfolgreicher bethätigen kann, je proziger es auf Grund seiner materiellen, liebesgabengesegneten Verhältnisse auftreten darf — so hat nach der neuesten Weisheit freisinnig-volksparteilichen Kalibers auch das alles mit der Kultur nichts zu thun!!

So darf also die brave zöllnerische Mehrheit des Reichstages getrosten Mutes den Ansturm der „revolutionären" Obstruktion erwarten! Denn die liebe gute Freisinnige Volkspartei wird ihre Aufgabe darin erblicken, der Obstruktion aus Liebe zur Kultur in den Rücken zu fallen. In der That, die Post, die Deutsche Tageszeitung, die Kreuzzeitung wußten genau, was sie thaten, als sie sich für die Taktik der Fraktion der Freisinnigen Volkspartei aufrichtig begeisterten.

Zur Fleischnot.

Gestiegen sind die Fleischpreise nach den Angaben der Statistischen Korrespondenz auch im Monat Oktober. Eine besondere Preissteigerung haben erfahren Rindfleisch von der Keule, Schweine- und Kalbfleisch, während Hammelfleisch und Rindfleisch vom Bauch im Preise etwas zurückgegangen sind. Die Schweinefleischpreise insbesondere sind in Aachen um 20, in Koblenz um 15, in Kiel und Hannover um je 5, in Paderborn um 2 Pfg. gestiegen, dagegen in Gleiwitz um 6 und in Frankfurt a. O. um 2 Pfg. gefallen.

Tagesgeschichte.

Halle, 12. November.

Aus dem Reichstag.

Ruhe vor dem Sturme! — Einige Zusammenstöße, aber keine Tumultszenen. Vorsichtiges Zurückhalten der Mehrheit mit dem Antrag Aichbichler, einerlei aus welchen Gründen. Sogar eine gewisse Mäßigung im Stellen von Schlußanträgen. Fortgesetzter Verrat des Abg. Richter teils mit, teils ohne Beihilfe seiner Gefolgsleute. — Im ersten Teil der Dienstagsitzung wurden die Abstimmungen — drei namentliche darunter — fortgesetzt, denen am Montag die Beschlußunfähigkeit ein frühzeitiges Ziel setzte. Natürlich hielt die Mehrheit mit zäher Treue an der Kommissionsfassung fest. Ein rührend-schönes Beispiel monarchischer Gesinnung lieferten die „freisinnigen" „Volks"parteiler, indem sie einen von unserer Seite beantragten Paragraphen niederstimmen halfen, nach welchem in Zukunft im Ausland gebaute Luxusschiffe nach Art der Hohenzollern verzollt werden würden. Natürlich: die Volksparteiler sind eben für Zollfreiheit — nur nicht für Brotgetreide. — Bei der Beratung der folgenden Paragraphen — 6, 7, 7a, 8 — blieb das Bild dasselbe. Die Mehrheit vertraute auf ihre ziffernmäßige Ueberlegenheit — im Reichstagssaale, nicht im Lande — überließ den Rednern der Linken — unter denen sich bezeichnenderweise wieder auch nicht ein Eugenide befand — die durchschlagendsten Gegengründe gegen die Kommissionsbeschlüsse vorzubringen, begnügte sich ihrerseits auf ein paar kurze Erklärungen durch den Mund ihrer Führer — und stimmte unverdrossen nieder. Drei Abstimmungen waren namentlich. Von unserer Seite sprachen Stadthagen, Mollenbuhr, Stolle; von seiten der freisinnigen Vereinigung ergriffen Pachnicke, Brömel und Gothein das Wort.

Als Zollmehrheitskommissar fungierte bisweilen der Herr Paasche, der die Freisinnigen väterlichst ermahnte, nicht so viel Anträge auf namentliche Abstimmung zu stellen, eine Ermahnung, die Prinz Schönaich-Carolath — wegen einiger liberalen Anwandlungen der „rote Prinz" genannt — nachher im Privatgespräch mit Brömel, Barth u. s. w. fortsetzte. Bei einer Gelegenheit wurden ein Linkenantrag gar vom Regierungstische aus befürwortet — ohne Erfolg.

Schon § 7a enthält Zollkriegsbestimmungen; der eigentliche Zollkriegsparagraph aber ist der § 8. Hier erprobte die Mehrheit wieder ihre beim Omnibusparagraphen 5 bewährten Zusammenziehungskünste. Brömel, von Singer und Stadthagen wirksamst unterstützt, beantragte Trennung der einzelnen Abschnitte. Dr. Spahn widersprach. Das Haus hatte zu entscheiden. Die Freisinnige Volkspartei, einschließlich selbst der allergetreuesten Knappen Eugens, stimmte mit der Vereinigung und der Sozialdemokratie; mit der Mehrheit aber stimmte: Herr Eugen Richter, Abgeordneter von Hagen, Großkopfta des ausbeuterischsten Kapitalismus, Verfasser des Märleins von der Sparagnes, Oberster aller Wasserstiefler.

Sämtliche Abschnitte des achten Paragraphen wurden also

[Nachdruck verboten.]

40]

Das tägliche Brot.

Roman in zwei Bänden von C. Viebig.

Nein, sehr abgefallen war Fridchen noch nicht! Besonders der kleine Bauch war dick. Und die Bäckchen auch noch schön dick, wenn auch ein wenig blaß. Sie drückte schallende Küsse, rechts und links, auf das gedunsene, schwammige Fleisch, und, als besäßen diese Küsse Zaubermacht, so fixierte sich jetzt der umherrollende Blick des Kindes — er heftete sich auf die Mutter.

Nun fing Mine an zu weinen. Und unter Thränen stammelte sie: „Fridchen, nu freu der! Ich bin bei der, Fridchen, Deine Mamma!"

Das Mündchen verzog sich; sie nahm's für ein Lächeln. Glücklich ließ sie das Kind auf ihrem Arme tanzen.

Mathilde kam und brachte ein Kissen, Mine wickelte Fridchen hinein und hielt sie dann auf ihrem Schoß und wiegte sie sacht hin und her und summte dazu, bis die matten Aeugelchen zufielen. Das Kind schlief. Die Mutter wagte keinen Laut. Unverwandt sah sie nieder auf das dicke Gesichtchen, das eine Leichenfarbe trug und tiefe Schatten um die Aeugelchen zeigte, scharfgezeichnete, blaue Adern an den Schläfen und über der kleinen, aufgestülpten Nase.

Stunden vergingen so. Schon längst schien die Sonne schräger auf den Myrtenstock. Kein Laut. Niemand im Hofe, niemand auf der Treppe, das Haus wie ausgestorben; jeder hatte heute das Freie gesucht.

Mathilde hatte sich aufs Bett gelegt, die letzten Nächte waren ihr durch des Kindes Unruhe schlaflos verstrichen; aber auch jetzt schlief sie nicht. Die Blicke starr gegen die Stubendecke gerichtet, träumte sie mit offenen Augen und lauschte dabei doch mit allen Sinnen in die Stille. Bald mußte „er" kommen — bald, bald! Das Buch sagte es ihr ja täglich, immer wieder, so oft sie's auch fragte.

„Mathilde!" rief Mine; sie hörte nicht. Das lange stumme Blicken auf die Züge ihres Kindes hatte die Mutter ängstlich gemacht; es dämmerte schon, und das ungewisse Licht ließ das bleiche noch bleicher erscheinen. Sie war froh, als Mathilde jetzt endlich angeschlorrt kam.

„Ob wer doch nich lieber mal mit ihm bei den Herr Dokter gehn?" wisperte Mine.

„Mit wem denn?" Mathilde war gänzlich zerstreut.

„Na, doch mit Fridchen! Ach Gott!"

„Aber nei! Was weiß so 'n Dokter! Ich bin damals auch nich bei 'n Dokter jejangen. 's Buchchen weiß besser Bescheid, das wer' ich mal fragen."

„Oder wenigstens ins Klinick," sagte Mine ängstlich. „Da kost's ja nichte!"

„Wer leben soll, der lebt; un wer sterben soll, der stirbt. Un vons Klinik kriegen Sie 's Kindchen jar nich wieder, da behalten sie 's jleich da."

„Ne, ne, denn ja nich!" Mine preßte ihr Kind so fest an sich, daß es mit einem Aufschrei erwachte. Aber es war wohler, blieb aufrecht sitzen, griff mit matten Händchen um sich und ließ sich von der Kuchenschnecke ins Mäulchen stopfen.

Mine war ganz versunken in ihr Spiel mit Fridchen. Sie lachte und schäkerte mit dem Kind; ohne recht zuzuhören, ließ sie Mathildes wunderliches Geschwätz an sich vorüber gleiten. Die war heute seltsamer denn je; nicht einmal einen Kaffee hatte sie gemacht. Unaufhörlich sprach sie von ihrem Friedrich, von der Trauung in schwarzer Seide, von der Hochzeitskutsche, und dann von dem Grab, darin die Schwester begraben war. Sie riß die Thür auf bei jedem Geräusch, das die heimkehrenden Nachbarn auf der Treppe verursachten, und fuhr hoch auf bei jedem Ruf, der vom Hof herauf schallte. Sie war von einer fröhlichen Geschwätzigkeit, einem zwischen kindischer Wichtigthuerei und geheimnisvollem Ernst schwankenden Wesen.

Voller Mond schien durchs Fenster, als sich Mine erinnerte, daß sie ja um zehn zu Hause sein müßte. Es war schon fast so spät. O weh, wie würde die kleine Irma nach ihr schreien!

Hastig legte sie ihr Kind nieder. „Schreiben Se mer ooch," bat sie Mathilde.

„Wenn ich nur Zeit hab'," sagte diese verträumt.

„Na denn, wenn's Fridchen gutt geht, brauchen Se mer ja nich zu schreiben; aber wenn je wieder krank wird, ach, nich wahr, denn schreiben Se mer gleich?! Denn komm ich. Sonst ersicht in vierzehn Tagen. Se vergessen's ooch nich, Mathilde, nich wahr? Mathildchen!" Sie rüttelte die Versunkene.

„Ja, ja."

Mine stürzte fort. Nicht einmal zu einem Kuß auf Fridchens dicke Bäckchen hatte sie sich mehr Zeit gelassen!

Und doch, als sie die Treppe schon fast hinunter war, zögerte sie — sollte sie noch einmal umkehren? So sauer war ihr der Abschied noch nie geworden.

Ganz traurig ging sie nach Hause. Jetzt eilte sie nicht einmal sehr, das Herz war ihr so eigentümlich schwer, sie hatte daran zu schleppen. Fröhlich schwatzende Menschen, vom Vergnügen heimkehrend, streiften sie auf dem Trottoir; ach, so vergnügt war sie heute auch ausgegangen! Mit der verkehrten Hand wischte sie sich unter der Nase her und dann über die Augen. Das hätte sie nie geglaubt, daß ihr so bange nach dem Kinde sein könnte!

In der Eisenacherstraße wurde sie schon sehnsüchtig erwartet. Da sie keinen Hausschlüssel besaß, hatte sie noch eine gute Weile stehen müssen und warten, bis zufällig ein Hausbewohner aufschloß; die fünfundzwanzig Pfennige, die der Portier oder der Wächter fürs Einlassen bekam, konnte sie doch nicht daran wenden.

Die kleine Irma war schon den ganzen Nachmittag grämlich gewesen; sie zahnte und vermißte dazu noch die ihr gewohnte Wartung. Jetzt schrie sie aus vollem Halse, obgleich der Vater sie unermüdlich hin und her trug. Die ganze enge Wohnung war erfüllt von dem Geschrei; kein Mensch konnte schlafen, die größeren Kinder stellten sich in ihren Betten und fingen aus Langerweile an, sich gegenseitig mit den Kissen zu werfen.

Die schwache Frau Müldner war schon ganz erschöpft, mit einem stumm vorwurfsvollen Blick sah sie die so spät Heimgekehrte an.

(Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— **Boshaft.** „Wodurch haben Sie sich denn mit der Amtsrichterin so verfeindet?"

„Ja, denken Sie nur, der albernen Person hatt' ich mein Poesie-Album gegeben! .... Was schreibt sie mir hinein? Ein Kochrezept für Hühnersuppe! .... Und die hatte sie drei Tage vorher bei mir gegessen!"

(Fliegende Bl.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219021113-10/fragment/page=0001

in der Beratung zusammengeworfen. Dr. Pachnicke geißelte wirkungsvoll die selbstmörderische, zwecklose Repressalienpolitik. Darauf beantragte Dr. Barth Vertagung. Der Präsident stellte die Unterstützungsfrage. Sie reichte aus. Es kam zur — einfachen — Abstimmung. Sie dauerte ungewöhnlich lange, da die Zöllner sich im Restaurant und den Wandelgängen verlustierten und es einige Zeit kostete, sie in den Sitzungssaal zu treiben.

Erbost darüber, in ihren Privatbelustigungen gestört zu sein, machten die Bündler bei der nunmehr erfolgenden trefflichen Rede unseres Genossen Stadthagen einen fürchterlichen Radau, ohne aber unseren kaltblütigen Redner aus dem Konzept zu bringen.

Als Stadthagen geendet hatte, beantragte das bekannte Mehrheitskrifolium — nicht etwa Schluß der Debatte, sondern Wunder über Wunder! — Vertagung, gegen die niemand etwas einzuwenden hatte.

Die Frage der Tagesordnung der nächsten Sitzung erzeugte noch einen kurzen, aber heftigen Kampf. Singer, Heine, Pachnicke verlangten energisch, einmal die Tarifbehandlung zu unterbrechen und an dem mittwochlichen Schwerinstag dieser Woche die zahlreichen unerledigten Petitionen oder Initiativanträge an die Reihe kommen zu lassen. Davon will natürlich die Mehrheit und ihr Wortführer Dr. Bachem nichts wissen. Die Bombe, die Pachnicke mit der Erwähnung des Antrags Aichbichler in die Reihen der Zollmehrheit schleuderte, explodierte übrigens diesmal noch nicht in Gestalt konservativer und ultramontaner Reden, sondern nur in der Form wütender Gestikulationen des Herrn v. Kardorff.

Natürlich setzten die Zöllner ihren Willen durch und das Tarifgesetz auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung.

Wieder ein Kulturbild aus dem modernen Polizeistaate.

Der Inhaber des Braunschweigischen Grundbesitz-Verkehrsinstituts, Karl Trampke, war wegen brieflicher Beleidigung verklagt und hatte versehentlich den Termin vor den Amtsgericht in Celle versäumt. Er hatte aber noch am Tage des Termins das Amtsgericht von seinem Irrtum in Kenntnis gesetzt. Wie es ihm dann ergangen ist, schildert er in der Braunschweiger Landeszeitung folgendermaßen: Am 30. September, morgens 1/28 Uhr, wurde ich, ohne daß mir ein Haftbefehl zugestellt worden wäre, verhaftet, um nach Celle transportiert zu werden. Ich legte telegraphisch dagegen Beschwerde beim Amtsgerichte Celle ein unter der Begründung, daß ich Familienvater, Bürger und Grundbesitzer, sowie auch kautionsfähig sei, erhielt aber trotz bezahlter Rückantwort keine Nachricht. Ich wurde nun, ohne etwas genossen zu haben, 12.23 Uhr der sogenannten Gensdarmeriekorrespondenz übergeben und in einem Coupé mit Verbrechern und zerlumpt aussehenden Menschen befördert. Anstatt nach Celle, wurde ich zu meinem Entsetzen nach Hannover transportiert. Hier angekommen, wurde ich mit ca. 50 Personen in einen Transportwagen gepackt und in das Polizeigefängnis abgeliefert. Dort ging es wüst her. Ein Unterbeamter riß mir, ohne mich vorher zu fragen, den Rock auf, nahm mir zugleich meinen Hut vom Kopf und warf in ihn die in meinen Taschen gefundenen Sachen hinein; diesen Hut mit den Utensilien stellte er dann auf einen recht schmutzigen Tisch. Den auf dem Flur im Kreise Herumstehenden wurde dann Essen in wenig appetitlich aussehenden Schüsseln gereicht; ich habe selbstverständlich darauf verzichtet, da für einen gebildeten Menschen schon allein der Anblick ekelerregend war. Bald darauf teilte ich mit einer zerlumpt aussehenden, wegen Einbruchsdiebstahls festgenommenen Person den mir angewiesenen Raum. Hier herrschte ein Duft, der mich fast übel machte. Als Quelle des Gestankes fand ich dann einen in der Ecke stehenden, seit langem nicht geleerten Abort. Gegen abend, ungefähr um 1/6 Uhr, kamen noch drei, zu mehreren Jahren verurteilte, nicht anwidernde Personen hinein. Zugleich wurden 5 Strohsäcke, die den Raum vollständig ausfüllten, als Nachtlager hereingebracht. Zu dieser Zeit wurde dann auch der erwähnte Abort auf meinen Hinweis geleert. Was nun durch den Abort entfernt war, entströmte dem Nachtlager. Ich verbrachte die Nacht sitzend auf einer Bank. Früh am Morgen, 5 Uhr, sollte ich mit einem Transport nach Celle gebracht werden. Wie jeder zivilisierte Mensch, so hatte auch ich das Bedürfnis, mich zu waschen, fand aber hierzu keine Utensilien. Endlich machte mich einer der Anwesenden auf ein in der Ecke stehendes Bierfaß (25 Liter) aufmerksam. Das darin befindliche Wasser war total faul. Als ich dies dem Aufseher mitteilte, erhielt ich zur Antwort, wenn mir das nicht passe, möchte ich mir frisches holen. Kurz vor Abgang des Transportes wurden wir zu zweien aufgestellt und ich mit einem nach Celle ins Zuchthaus kommenden Menschen mittelst Kette zusammengefesselt. Als ich hiergegen Widerspruch erhob und darauf hinwies, ich sei nur wegen Termin-Versäumnis in Haft genommen, erwiderte der Beamte: „Freundchen, das macht nichts, wir bilden ja geschlossene Gesellschaft!“ Die Fesseln wurden mir erst im Eisenbahnwagen gelöst. Erst am 9. Oktober verfügt das Oberlandesgericht Celle nach zahlreichen anderen erfolglosen Schritten des Mannes und 10 Tagen solcher Haft seine sofortige Freilassung.

Wir Sozialdemokraten sind durch zahlreiche Beispiele an solche, eben geschilderte Vorgänge im preußisch-deutschen Polizeistaate schon längst gewöhnt. Fälle aber, wie der obenstehende und wie der, von dem wir gestern aus Hamburg berichteten, bei denen Angehörige der „besseren“ Klassen die plumpe Polizeifaust fühlen, müssen nachgerade auch das Bürgertum über die von ihm so oft begünstigte Polizeiwirtschaft aufklären. Freilich allzu stark braucht man nicht darauf zu hoffen, daß das deutsche Bürgertum einmal gegen die heilige Polizei Protest erhebt, dazu ist es viel zu unterwürfig und unselbständig.

Deutsche Universitäten unter russischer Polizeiaufsicht.

Zu diesem traurigen Thema muß der Vorwärts einen neuen Beitrag bringen. Er schreibt: Es scheint fast, als ob die Schergendienste, die die Berliner Hochschulen der russischen Polizei erweisen, nicht skandalöse Sondererscheinungen Berlins sind, sondern die Wirkungen einer thatsächlichen Heiligen Alliance sind, die zwischen Deutschland und Rußland neuerdings geschlossen worden ist. Sollten diese ungeheuerlichen Erscheinungen etwa auf jene geheime Anarchisten-Konvention zurückzuführen sein, von deren Existenz man munkelt. Und sind die deutschen Hochschulen wirklich gewillt, dieses deutsch-russische Polizeikartell ihrerseits zu fördern?

Aus Darmstadt wird uns über einen sehr merkwürdigen Parallelfall zu den Berliner Vorgängen mitgeteilt:

„In den letzten Tagen des vorigen Monats kamen in Darmstadt zwei russische Studenten an, die — wie so viele der an der dortigen Hochschule Studierenden — in Rußland relegiert waren, um sich für das Wintersemester zu immatrikulieren. Der eine hatte dies auch bereits gethan, als am anderen Tage abends sich ein Kriminalbeamter bei ihnen einstellte und sie einlud, dem Polizeirevier einen Besuch abzustatten. Hier wurden sie in ein Verhör genommen und am anderen Tage zu dem Rektor der Hochschule gerufen, der dem einen seine Studiengelder wieder zurückgab mit dem Ausspruch: Wer in Rußland einmal von der Universität verwiesen ist, den brauchen wir hier in Deutschland auch nicht.

Im Korridor der Hochschule hatte sich inzwischen ein Kriminalbeamter eingefunden, der sich ihrer in der liebenswürdigsten Weise annahm, sie nach dem Polizeirevier spedierte, woselbst ihnen eröffnet wurde, innerhalb 24 Stunden Darmstadt zu verlassen, da man sie sonst abschieben würde. Die Studenten verlangten einen schriftlichen Ausweisungsbefehl — um, wie sie ihren Kollegen nachher erzählten, die Sache einer Zeitung zu unterbreiten — der ihnen jedoch verweigert wurde.

Wir würden diese Mitteilung für unglaublich halten, wenn wir nicht nach der Bestätigung des Berliner Falles das ärgste gerade für das glaubwürdigste halten müßten. Auch in Darmstadt muß die Universitätsbehörde die Papiere der Polizei zur Kenntnis gebracht haben, sonst wäre es nicht begreiflich, warum unmittelbar nach der Immatrikulation die Polizei eingriff.

Bestätigt sich aber obige Meldung, so wird die Berliner und preußische Angelegenheit zu einer Reichssache. Wir richten darum die Frage an die Reichsregierung: Existiert eine Verfügung, der zufolge die deutschen Universitätsbehörden angewiesen sind, die russischen Studenten in der Berliner Manier unter Polizei-Aufsicht zu stellen? Wenn diese Verfügung existiert, so wäre das eine Schmach für die deutsche Kultur, eine größere Schmach freilich noch träfe die Hochschulen selbst, die sich solchem unerhörten Ansinnen bereitwillig fügen. Ist die Verkommenheit der bürgerlichen Intelligenz bereits so weit gediehen, daß man jeden Kampf gegen den Zarismus als ein Verbrechen empfindet, ja daß man die jungen Leute für vogelfrei erklärt, die der russischen Polizei nicht angenehm sind?

Wer will Obstruktion treiben? In wütendem Sperrdruck kündigt die deutsche Tageszeitung an, wenn man die bestehenden Handelsverträge auf eine längere Reihe von Jahren zu verlängern wage, so müßten die Agrarier sich ernstlich die Frage vorlegen,

„ob sie nicht alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel rücksichtslos anwenden sollten, um eine derartige Vorlage zum Scheitern zu bringen“.

Und dabei schimpfen jetzt die Agrarier und deren Bundesgenossen über die Linke, die „alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anwenden will“, den volksschädigenden Zolltarif zu Falle zu bringen.

Freisinniger Selbstmord. Für die Bestrafung des Kontraktbruches der ländlichen Arbeiter hat im anhaltischen Landtage der Freisinnige Irmer gestimmt. Er wurde deshalb heftig, auch von Freisinnigen, angegriffen und hat sich nun von seiner Partei folgendes Rechtfertigungsattest ausstellen lassen:

„Geschäftsführender Ausschuß der Freisinnigen Volkspartei. Berlin SW., den 7. Juli 1902. Sehr geehrter Herr! Für die die Zugehörigkeit zur Freisinnigen Volkspartei ist die Anerkennung des Nürnberger Parteiprogramms von 1897 maßgebend. Ueber die Frage der Bestrafung des Kontraktbruchs ist in diesem Programm nichts enthalten, die Stellungnahme bei dieser Frage also nicht maßgebend für die Zugehörigkeit zur Partei. Ergebenst Dr. Müller-Sagan.

Die Zufriedenheit der Agrarier mit den Freisinnigen wird durch derartige Geschichten immer größer werden.

Wird der Kuhhandel perfekt? Der Berliner Lokal-Anzeiger schreibt: Es ist mehrfach behauptet worden, der Reichskanzler Graf Bülow zeige neuerdings dem Zolltarif gegenüber eine nicht zu verkennende Resignation, sein Interesse für die Vorlage habe nachgelassen. Demgegenüber scheint es angebracht, darauf hinzuweisen, daß in den Foyers des Reichstages die Thatsache viel besprochen wurde, daß gerade in diesen Tagen angesehene Parlamentarier verschiedener Richtungen im Reichskanzler-Palais verkehrt haben. Es kann als feststehend betrachtet werden, daß die dort geführten Unterredungen den Zolltarif betrafen.

Ausland.

Oestreich. Parlamentsskandal. Am Dienstag beantwortete im Abgeordnetenhause Ministerpräsident Körber die Interpellation unsrer Genossen betreffend das Vorgehen der Polizei bei der letzten Landtagswahl in Favoriten. Der Präsident nahm, wie früher bei den Triester und Lemberger Vorfällen die Soldateska, diesmal die brutalen Polizeischergen in Schutz. Er erklärte, daß kein höherer Polizeibeamter den Wachleuten das Eindringen in das Arbeiterheim befohlen habe, daß aber durch zahlreiche Aussagen bewiesen sei, daß aus den offenen Fenstern des Arbeiterheims auf die Polizei mit Gläsern geworfen wurde, wodurch wahrscheinlich die Wachleute sich zu dem Eindringen in das Heim veranlaßt gesehen hätten. Die von Körber persönlich geleitete Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen, man könne aber versichert sein, daß die Regierung in dieser Angelegenheit das thun werde, was recht sei. Nachdem der Ministerpräsident geendet, kam es zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen zu solch stürmischen Szenen, wie sie im Parlament nur selten vorgekommen sind. Zeitweilig hatte es den Anschein, als sollte es zu Thätlichkeiten kommen. Nur mit Mühe gelang es den übrigen Parteien, die Ruhe wiederherzustellen, so daß das Haus zur Tagesordnung übergehen konnte.

Ungarn. Die Erhöhung des Rekrutenkontingents wurde am Dienstag vom Wehrausschuß des Parlamentes beraten. Die oppositionellen Redner erklärten, die Vorlage nur gegen verschiedene Konzessionen — wie zweijährige Dienstzeit, Einschränkung der Manöver, Einführung der ungarischen Sprache bei den Kommandos in Ungarn — für annehmbar. Auch die Anhänger der Regierungspartei erhoben Bedenken gegen die finanzielle Belastung. Der Honvedminister machte darauf die Enthüllung, daß die geplante Truppenerhöhung mit keinerlei Mehrkosten verbunden sei, weil die Kosten für die jetzt verlangten 22 000 Mann schon seit mehreren Jahren im Budget eingestellt waren.

Die letzten Ausführungen des Kriegsministers geben ein nettes Bild von der ungarischen Finanzwirtschaft.

Rußland. Der Oberprokurator des Hl. Synods Pobjedonoszew, beabsichtigt von seiner Stellung zurückzutreten. Die Kölnische Ztg. meldet aus Petersburg von gestern: Es verlautet aus sicherer Quelle, Pobjedonoszew habe mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seinen Wunsch, seine letzten Lebensjahre in Ruhe zu verleben, um Enthebung von seiner Stellung gebeten. Kaiser Nikolaus habe das Gesuch bewilligt. Man erwartet zu Neujahr die amtliche Bekanntgabe. Als sein Nachfolger wird das Mitglied des Reichsrates Graf Sergius Scheremetjew genannt.

Dänemark. Die Zivilehe. Der Justizminister hat dem Folkething einen Gesetzentwurf zur Einführung der obligatorischen bürgerlichen Eheschließung vorgelegt. Ob sie sich kirchlich trauen lassen wollen, das soll in Zukunft dem freien Ermessen der Brautleute überlassen bleiben. —

Afrika. Verbot der Frauenarbeit in südafrikanischen Gastwirtschaften. In Pretoria ist eine neue Verordnung erlassen worden, wonach die Beschäftigung von Frauen sowie von Kindern unter 16 Jahren und Eingeborenen in den Buffets der Liqueurschenken verboten ist.

Deutscher Reichstag.

213. Sitzung, Dienstag, den 11. November 1902, 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf von Posadowsky, Freiherr von Rheinbaben.

Die zweite Beratung des

Zolltarifgesetzes

wird fortgesetzt.

Es erfolgt zunächst die namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht u. Gen. (Soz.) zu Ziffer 12 des § 5 des Zolltarifgesetzes, wonach von der Zollfreiheit alle Luxusschiffe (nicht nur Binnensee- und Flußschiffe zu Luxuszwecken) ausgeschlossen sein sollen. (Bei der gestrigen namentlichen Abstimmung über diesen Antrag hatte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt.)

An der Abstimmung beteiligen sich 243 Abgeordnete, von denen 50 für den Antrag Albrecht, 193 dagegen stimmen. (Die Freisinnige Volkspartei stimmte mit der Mehrheit gegen den Antrag.) Der Antrag ist somit abgelehnt.

In einfacher Abstimmung wird der Antrag Gothein (Frs. Vgg.), der auch das Kajüte- und Küchengut der Schiffe zollfrei lassen will, abgelehnt.

Der Antrag Dr. Müller-Meiningen (Frs. Vpt.), wonach auch Materialien zur Ausübung des Fischereigewerbes zollfrei sein sollen, wird in namentlicher Abstimmung bei einer Präsenzziffer von 251 Abgeordneten mit 181 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag Albrecht (Soz.), zollfrei zu lassen: Garne, welche zur Herstellung von Fischernetzen zum eigenen Gebrauch von Fischern oder deren Angehörigen verfertigt werden.

An der Abstimmung beteiligen sich 256 Abgeordnete, für den Antrag stimmen 72, dagegen 184, der Antrag ist also abgelehnt.

§ 5 wird darauf unverändert angenommen.

§ 6, Abs. 1 bestimmt in der Fassung der Regierungsvorlage, daß im Tarif nicht besonders genannte Waren denjenigen Tarifstellen zugewiesen werden sollen, in denen die ihnen nach Beschaffenheit oder Verwendungszweck am nächsten stehenden Waren aufgeführt sind.

Die Kommission hat diese Bestimmung gestrichen.

Die Abgg. Frhr. v. Wangenheim (kons.), Dr. Rösicke-Kaiserslautern (B. d. L.) und Dr. Hahn (B. d. L.) beantragen, diesen Passus wiederherzustellen.

Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Vgg.) beantragt, im Tarif nicht besonders genannte Waren zollfrei zu lassen.

Für den Fall der Annahme des Antrages Wangenheim beantragt Abg. Dr. Pachnicke, daß die nicht besonders genannten Waren durch den Bundesrat den ihnen nach Beschaffenheit 2c. am nächsten stehenden Waren zugewiesen werden sollen. Auch sollen die getroffenen Bestimmungen dem Reichstag sofort, oder wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitgeteilt werden. Sie sollen außer Kraft gesetzt werden, wenn der Reichstag seine Zustimmung nicht erteilt.

Abg. Dr. Rösicke-Kaiserslautern (B. d. L.) befürwortet den Antrag Wangenheim. Die Industrie entwickelt sich so rapide, die Möglichkeit, daß neue Nuancen geschaffen werden, ist so groß, daß es notwendig ist, über die zolltechnische Behandlung im Tarif nicht aufgeführter Waren keine Unsicherheit bestehen zu lassen.

Abg. Dr. Pachnicke (Freis. Vgg.) befürwortet im Interesse der Klarheit und Verständlichkeit seinen Antrag, durch den die Linke wieder beweise, wie gut konservativ sie in handelspolitischen Dingen sei. (Lachen rechts.) Im Falle der Ablehnung seines Antrages bittet Redner, wenigstens seinen Eventualantrag anzunehmen.

Der Antrag Pachnicke auf namentliche Abstimmung über seinen Prinzipalantrag wird genügend unterstützt.

Staatssekretär **v. Thielmann** bittet um Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.) befürwortet den Kommissionsbeschluß.

Abg. **Stadthagen** (Soz., mit Unruhe rechts empfangen) Auch bei Ablehnung des Antrages Pachnicke werden die im Tarif nicht genannten Waren zollfrei bleiben. Der von Herrn Rösicke vorgeschlagene Weg ist ungangbar; das ist schon in der Kommission an der Hand praktischer Beispiele nachgewiesen worden; ich weiß allerdings nicht, ob die Herren, die damals anwesend waren, zugehört haben. (Heiterkeit.) Obwohl der Antrag Pachnicke eigentlich überflüssig ist, bitte ich doch im Interesse größtmöglicher Klarheit um seine Annahme. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Paasche** (natl.): Im Antrag Pachnicke handelt es sich lediglich um eine Schönheitssache, um die den Reichstag mit einer namentlichen Abstimmung zu belästigen wirklich unnötig ist. Ich hoffe, Herr Dr. Pachnicke zieht diesen seinen Antrag zurück. Wir werden für die Kommissionsfassung stimmen.

Damit schließt die Diskussion. Der Prinzipalantrag Pachnicke wird in namentlicher Abstimmung mit 179 gegen 76 Stimmen abgelehnt; der Eventualantrag Pachnicke wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten, der Antrag Wangenheim gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, § 6 dadurch in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 7, wonach das für die Ausführung von staatlich bereinbarten Eisenbahnverbindungen zwischen dem Deutschen Reich und einen Nachbarstaate erforderliche Material usw. zollfrei sein soll, wird ohne Debatte in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Als § 7a hat die Kommission folgende Bestimmung neu eingefügt: „Bei der zollamtlichen Abfertigung einer Ware, die je nach ihrem Herstellungsland einer unterschiedlichen Zollbehandlung unterliegt, ist von dem Einbringer zu erklären und nach Erfordern nachzuweisen, in welchem Lande die Ware hergestellt worden ist. Die näheren Bestimmungen über den Inhalt und die Form der Erklärung und über die Einbringung des Nachweises erläßt der Bundesrat. Kommt der Einbringer seinen vorstehend festgesetzten Verpflichtungen nicht nach, so tritt die für ihn angekündigte Zollbehandlung ein, unbeschadet der etwa daneben verwirkten Strafen oder sonstigen Rechtsnachteile.

Abg. Gothein (Freis. Vereinigg.) beantragt, den § 7a folgendermaßen zu fassen: „Unterliegen die eingehenden Waren je nach ihrem Ursprung verschiedenen Zollsätzen, so kann die Anwendung des niedrigeren Zollsatzes von dem Nachweis des Ursprungs abhängig gemacht werden. Die näheren Bestimmungen trifft der Bundesrat.“

Die Abgg. Albrecht und Gen. (Soz.) beantragen den Zusatz zum § 7a, daß die Bestimmungen des Bundesrats der nachträglichen Genehmigung des Reichstages unterliegen.

Abg. Brömel (Freis. Vereinigg.) beantragt 1. prinzipiell Streichung des § 7a, 2. eventuell (in Uebereinstimmung mit dem Antrag Albrecht) Festsetzung der Genehmigungsbefugnis des Reichstages.

Abg. **Gothein** (Freis. Vereinigg.), (zahlreiche Konservative und Zentrumsmänner verlassen den Saal): Der Antrag der Kommission würde zu erheblichen Belästigungen unseres Einfuhrhandels führen, so müßte z. B., weil wir mit dem hochwichtigen Lande Haiti in Zollfehde leben, (Heiterkeit) jeder Sack Kaffee auf seinen Ursprung untersucht werden. Die Kommissionsmehrheit hat in der ausgesprochenen Absicht gehandelt, die bestehende Praxis in Bezug auf die Ursprungszeugnisse zu verschärfen. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag Brömel auf Streichung des § 7a und im Fall der Ablehnung dieses Antrags um Zustimmung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190211 13-10/fragment/page=0002

zu meinem Antrag, der den Ursprungsnachweis nicht obligatorisch sondern nur fakultativ machen will. Es handelt sich nicht um ein Fraktionsinteresse sondern um Erleichterung unseres Handels. (Bravo! links.)

Direktor im Reichsamt des Innern **Wermuth** befürwortet den Prinzipalantrag Brömel auf Streichung des § 7a und, im Falle der Ablehnung dieses Antrags, den abschwächenden Antrag Gothein, erklärt dagegen den Eventualantrag Brömel und den Antrag Albrecht (Einholung der Zustimmung des Reichstags) für unannehmbar.

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß zwei Anträge auf namentliche Abstimmung (Hört! hört! rechts) über den Antrag Albrecht und über die Kommissionsbeschlüsse eingelaufen seien.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Nachdem die Regierung beim § 1 sich so energisch gegen Zolltriege ausgesprochen hatte, mußte ich annehmen, daß sie auch entschieden gegen Ursprungszeugnisse auftreten würde, die, wie z. B. der nationalliberale Abg. Münch-Ferber verschiedentlich ausgeführt hat, unter allen Umständen unendliche Plackerei für die ausländischen Exporteure, für die Behörden und für die Importeure bedeuten. In den Ländern mit Wertzöllen sind Ursprungszeugnisse berechtigt, in den Ländern mit Gewichtszöllen aber nicht. Die ganze Bestimmung trägt einen häßlichen schikanösen Charakter; von dem Schaden, den sie anstiftet, trifft nur ein Zehntel das Ausland; neun Zehntel trägt der einheimische Geschäftsmann. Wie bei komplizierten, zusammengesetzten Gegenständen der Ursprungsnachweis praktisch gehandhabt werden soll, ist mir unerfindlich. Soll für jeden einzelnen Bestandteil der Ursprung besonders nachgewiesen werden? Das giebt der Regierung die Macht, den Handel völlig lahmzulegen, wenn sie will. Daher bitte ich Sie, mindestens unseren Eventualantrag anzunehmen, der die Einholung der Zustimmung des Reichstags festsetzt. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.) bittet, alle Abänderungsanträge abzulehnen und dem Kommissionsantrag zuzustimmen.

Abg. Dr. **Semler** (natl.) empfiehlt Annahme des Antrags Gothein, der die Bestätigung des gegenwärtigen Zustandes sei.

Abg. **Brömel** (Freis. Vereinig.): Die Kommission hat hier eine Bestimmung in das Zolltarifgesetz gebracht, die gar nicht hineingehört. Das Zolltarifgesetz hat nur die Höhe der Zollsätze vorzuschreiben, nicht aber die Zollabfertigungsbestimmungen. Sollte eine solche Bestimmung aber trotz des Widerspruches der Regierung Aufnahme finden, so bietet der Antrag Gothein eine praktischere Fassung als die der Kommission. Auf jeden Fall bitte ich, meinen Eventualantrag auf Einfügung der Beschränkungsklausel anzunehmen, den ich hiermit auch für den Fall der Annahme des Antrages Gothein stelle.

Senator Dr. **Klugmann**: Die obligatorische Einführung der Ursprungszeugnisse ist eine zweischneidige Waffe. Am besten wäre es, den ganzen Paragraphen zu beseitigen. Wollen Sie das nicht, so nehmen Sie wenigstens den Antrag Gothein an.

Abg. **Stolle** (Soz., schwer verständlich): Zum mindesten muß der Bundesrat dem Reichstag Rechenschaft über die von ihm erlassenen Bestimmungen ablegen. Am besten freilich ist es, den ganzen § 7a im Interesse des deutschen Handels und der deutschen Konsumenten abzulehnen. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte. Das Amendement Brömel zum Antrag Gothein (Genehmigung des Reichstags) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und des Abg. Dr. Semler (natl.) abgelehnt; ebenso der Antrag Gothein (fakultativer Ursprungsnachweis), für den auch die Nationalliberalen stimmen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Albrecht (Soz.) (Einschränkungsklausel zum Kommissions-Antrag) mit 189 gegen 71 Stimmen abgelehnt. Ebenfalls in namentlicher Abstimmung wird § 7a mit 182 gegen 71 Stimmen angenommen.

§ 8 bestimmt in der Kommissionsfassung: „Zollpflichtige Waren, die aus Ländern herstammen, in welchen deutsche Schiffe oder deutsche Waren ungünstiger behandelt werden als diejenigen anderer Länder, können neben dem tarifmäßigen Zollsatz einen Zollzuschlage bis zum doppelten Betrage dieses Satzes oder bis zur Höhe des vollen Wertes unterworfen werden.

Tarifmäßig zollfreie Waren können unter der gleichen Voraussetzung mit einem Zoll bis zur Hälfte des Wertes belegt werden.

Auch können, soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen, ausländische Waren denselben Zöllen und Zollabfertigungsvorschriften unterworfen werden, die im Ursprungsland auf deutsche Waren Anwendung finden.

Die hier vorgesehenen Maßnahmen werden nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats durch kaiserliche Verordnung in Wirksamkeit gesetzt. Die Genehmigung des Reichstags ist für die getroffenen Anordnungen einzuholen."

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Gen. beantragen 1) im Absatz 1 das Wort „Länder" durch „Staaten" zu ersetzen, 2) im ersten Satz hinter „können" einzuschalten: „soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegen stehen."

Abg. Dr. **Pachnicke** (Freis. Vrgg.) beantragt, die Worte „oder bis zur Höhe des vollen Wertes" zu streichen.

Die Abgg. Albrecht (Soz.) und Gothein (Freis. Vrgg.) beantragen, den Absatz 2 zu streichen.

Abg. Gothein (Freis. Vrgg.) beantragt in Absatz 1 das Wort „doppelten" durch „vollen" zu ersetzen und statt „zur Hälfte" zu sagen „zu einem Fünftel".

Abg. Dr. **Brömel** (Freis. Vrgg.) (zur Geschäftsordnung) beantragt getrennte Beratung der beiden ersten Absätze, die von verschiedenen Materien handeln — der erste war nur Zollsätzen, der zweite auch von der Zollabfertigung.

Vizepr. **Büsing**: Gegen den Vorschlag Brömel erhebt sich kein Widerspruch. (Lebh. Oho!-Rufe rechts und im Zentr.)

Abg. Dr. **Spahn** (Zentr.) sieht keinen Grund für getrennte Beratung.

Abg. **Singer** (Soz.): beantragt getrennte Beratung über alle drei Absätze.

Abg. **Stadthagen** (Soz.): Der Absatz 2 müßte eigentlich ein besonderer Paragraph sein. Die Verbindung der drei Absätze verlängert nur die Beratung. Wenn Sie trennen, geht es schneller (Heiterk. Unruhe rechts).

Der Antrag Singer wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei, mit Ausnahme des Abg. **Richter**, abgelehnt; ebenso der Antrag Brömel gegen die Stimmen der gesamten Linken.

Abg. Dr. **Pachnicke** (Freis. Vg.): Die Aufnahme der Worte „oder bis zur Höhe des vollen Wertes" in die Kommissionsfassung des § 8 bedeutet einen Erfolg lebhafter agrarischer und leider auch nationalliberaler Bestrebungen. Die Belassung dieser Worte bedeutet die Wiedereinführung des im deutschen Zolltarif bis auf wenige Reste gestrichenen Prinzips der Wertzölle in unsere Zolltarifgesetzgebung, wenn auch nur für Repressalien bei Zollkriegen. Um eine sachgemäße Wertschätzung zu ermöglichen, müßte geradezu eine Zollakademie errichtet werden. Diese Bestimmung bringt ein neues Moment der Unsicherheit in unsere Zollgesetzgebung. Die Erfahrungen des 1893 ausgebrochenen Zollkrieges mit Rußland, sowie der Zollkrieg mit Haiti beweisen, daß das Küstzeug, das wir besitzen, ausreichend ist. Der Vorschlag der Kommission geht, wenn er auch den enragiertesten Schutzzöllnern nicht weit genug geht, über den bestehenden Zustand heraus und bedeutet eine Schädigung des Handels. Im Einklang mit wiederholten Erklärungen der Regierung bitte ich um Annahme meines Antrags, sowie desjenigen, der den Absatz 2 (Ursprungszeugnisse) ganz streichen will. (Beifall links.)

Um 5¼ Uhr beantragt Abg. Dr. Barth (Freisinnige Vereinigung) Vertagung. Der Antrag wird von der Linken unterstützt.

Vizepräsident **Büsing** erklärt die Unterstützung für genügend. Abg. Singer ruft: Das war die Mehrheit! — Die Rechte und das Zentrum sind währenddessen im Saal sehr schwach vertreten.)

Bei der Abstimmung erheben sich Sozialdemokraten und Freisinnige für den Vertagungsantrag. Das Ergebnis ist zweifelhaft. Der Präsident läßt hierauf die Gegenprobe vornehmen; da sich inzwischen die Bänke der Rechten und des Zentrums stark gefüllt haben, wird der Vertagungsantrag abgelehnt.

Abg. **Singer** (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich möchte konstatieren, daß die Abstimmung so lange gedauert hat, bis die im Saale nicht anwesenden Herren Gelegenheit hatten, die Majorität für einen Antrag zu bilden, den sie selbst gar nicht gehört hatten. (Sehr gut! links. Große Unruhe rechts.)

Vizepräsident **Büsing**: Wenn in diesen Worten ein Vorwurf gegen das Präsidium liegt, so muß ich ihn zurückweisen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Wenn es etwas länger gedauert hat als sonst, so lag das daran, daß die Schriftführer nicht einig waren.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich habe dem Präsidenten keinen Vorwurf machen wollen. Die Uneinigkeit des Bureaus lag vielleicht daran, daß einige seiner Mitglieder anderweitig beschäftigt waren, nämlich damit, die Klingel zu rühren, um die Abgeordneten in den Saal hineinzurufen.

Abg. Dr. **Paasche** (nat.-lib., Schriftführer): Es ist Pflicht der Schriftführer, bei bevorstehenden wichtigen Abstimmungen die Klingel zu rühren. Diese Pflicht bestand um so mehr, als der Antrag Barth ganz plötzlich kam. Die Schriftführer haben nur ihre Schuldigkeit gethan. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Stadthagen** (Soz.) [mit lärmenden Zurufen auf der Rechten empfangen]: Die von uns beantragte Hinzufügung, daß die im Abs. 1 des § 8 vorgesehenen Erschwerungen nur eintreten dürfen, „soweit nicht Vertragsbestimmungen entgegenstehen", ist in dem bestehenden Gesetz enthalten. Wenn hier entgegen unserem Antrag diese Worte gestrichen werden, so bedeutet das nichts anderes, als daß Sie die Möglichkeit schaffen, Verträge, die auf Treu und Glauben von Staat zu Staat geschlossen sind, eventuell zu brechen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Die Bestimmung des Abs. 2 ist ganz undurchführbar. Wie sollen die Zollbeamten im Kopfe haben, welche Zölle und Zollabfertigungsvorschriften im Ursprungslande jeder Ware auf deutsche Waren Anwendung finden? Wenn so die Rohstoffe beim Eingang nach Deutschland schikaniert werden, so schädigen Sie damit weit mehr die deutsche als die ausländische Industrie. Abs. 2 bedeutet den Gipfel der Schikane, der überhaupt erklommen werden kann. Man verweist auf ähnliche Bestimmungen im Auslande. Warum wollen Sie immer nur das Schlechte aus dem Auslande nachahmen? Ich bitte Sie, diesen Absatz abzulehnen. (Bravo! b. d. Soz.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag Dr. Spahn (Z.), v. Marmann (kons.) angenommen.

Präs. Graf **Ballestrem** beraumt die nächste Sitzung auf Mittwoch 12 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Abg. **Singer** (Soz.) schlägt vor, am Mittwoch einen Schwerinstag abzuhalten. Seit langer Zeit werden Initiativanträge aus dem Hause sehr stiefmütterlich behandelt. Es giebt doch noch eine ganze Reihe von Gegenständen außer dem Zolltarif, die der Verhandlung in diesem Hause wert sind. Für den Fall, daß der Herr Präsident nicht die Absicht hat, meiner Anregung zu folgen, bitte ich, einen Beschluß des Hauses darüber herbeizuführen. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Bachem** (Zentr.): Auch wir sind nach Kräften bestrebt, die Beratung der Initiativanträge zu fördern, hier aber handelt es sich um ein anderes wichtiges Volksrecht, das Recht der Petitionen, die in großer Zahl zum Zolltarif eingegangen sind. Im Interesse der Erledigung dieser Petitionen liegt der Vorschlag des Herrn Präsidenten. (Beifall im Zentr. u. rechts, Lachen links.)

Abg. **Singer** (Soz.): Herr Bachem vergaß zu erwähnen, daß eine Petition mit 3½ Millionen Unterschriften nebst vielen anderen uns auffordert, den Zolltarif in den Papierkorb zu werfen. (Sehr richtig! links.) Wir haben übrigens nichts dagegen, wenn der Herr Präsident außer dem Initiativantrag, der an der Reihe ist, auch Petitionen auf die Tagesordnung setzt. Das wäre eine bessere Wahrung des Petitionsrechtes als wie sie Herr Bachem will. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Dr. **Bachem** (Zentrum): Eine große Zahl industrieller Arbeiter würden Not leiden, wenn der Zolltarif nicht zu stande käme. Gerade in letzter Zeit sind uns eine Reihe Petitionen für den Tarif zugegangen. Wer also das Petitionsrecht dem Sinne nach wahren will, muß den Zolltarif weiter beraten.

Abg. **Heine** (Soz.): Ich erinnere Herrn Bachem daran, daß wir die Beratung einer sehr wichtigen Petition über das Vereinsrecht der Frauen mitten drin abgebrochen haben, um mit dem Zolltarif zu beginnen. Sein Beispiel war also sehr unglücklich gewählt. Mein Freund Singer wird sicher damit einverstanden sein, wenn wir morgen diese Petition weiter diskutieren.

Abg. **Singer** (Soz.): Ich kann mich diesem Vorschlage nur anschließen und beantrage, um Herrn Bachem entgegenzukommen, morgen außerdem die Petitionen zum Zolltarif auf die Tagesordnung zu setzen. Auf die verhärteten Gemüter der Zentrumsagrarier wird es doch vielleicht Eindruck machen, wenn sie sehen, daß sich so viele Petitionen gegen und nur so wenige für den Zolltarif aussprechen.

Wogegen ich mich verwahre, ist, daß wir außer dem Zolltarif alles liegen und liegen lassen. Wir sind doch hier nicht zu einer Zolltarifsession zusammenberufen. Der Reichstag kann jedergeit andere Beratungsgegenstände einschieben, wenn er dies für richtig hält. Thun Sie das nicht, so beweisen Sie von neuem, daß Sie nichts anderes wollen, als die materiellen Interessen einer kleinen Minderheit im Staate zu fördern. (Sehr gut! links. Gr. Lärm rechts und im Zentr.)

Abg. Dr. **Pachnicke** (Frei. Vgg.): Die Beratung der Initiativanträge liegt auch im Interesse der Mehrheitsparteien, denn ehe nicht die sämtlichen bei Beginn dieser langen Session eingebrachten Anträge erledigt sind, kann ja der Antrag Aichbichler (Oho! rechts und im Zentr.) ohne einen Bruch der Geschäftsordnung (Gr. Lärm rechts und im Zentr.) nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. (Sehr gut! links. Wiederholter Lärm rechts und im Zentr. Abg. v. Kardorff (Rpt.) gestikuliert heftig mit den Händen und giebt unartikulierte Laute von sich.)

Abg. Dr. **Bachem** (Zentr.): Wenn die Linke die Zahl der namentlichen Abstimmungen auf das gewöhnliche Maß beschränken würde, wäre Zeit genug zur Erledigung der Initiativanträge vorhanden. (Sehr gut! rechts u. i. Zentr.)

Abg. **Singer** (Soz.): Auf den Vorschlag des Herrn Bachem können wir nicht eingehen. (Heiterkeit.) Abgesehen davon, daß wir unsere Anträge auf namentliche Abstimmung nur nach sachlichen Erwägungen stellen, (Auf rechts: Bebel in Hamburg!) würde der Bachemsche Vorschlag dem Gefühl meiner Freunde schon deshalb widersprechen, weil wir für Kuhhandel nicht geeignet sind. (Lärm rechts. Lebh. Beifall links.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Nicht ohne Grund hat der Verfasser der Geschäftsordnung hineingeschrieben: „in der Regel" findet in jeder Woche ein Schwerinstag statt, d. h. wenn nicht andere wichtige Geschäfte vorliegen. (Bravo! rechts u. i. Zentr.) Gegen meinen Vorschlag ist Widerspruch erhoben, ich lasse also das Haus entscheiden.

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der gesamten Linken abgelehnt. Es bleibt also beim Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 6½ Uhr.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Dümmig in Halle.

Die diesjährige grosse

Weihnachts-Ausstellung

in sämtlichen Abteilungen des Etablissements beginnt Montag den 17. November a. c.

Dieselbe umfasst: Kleiderstoffe jeglicher Art, Seidenwaren, Elsasser Baumwollwaren, Leib-, Tisch- und Bettwäsche, Gardinen, Portièren, Teppiche, Vorleger, Felle, Damen- und Kinder-Konfektion, Pelzwaren, Damenputz, Weisswaren, Tapisseriewaren etc. Ausserdem bietet die Ausstellung eine reiche Fülle hervorragender **Gelegenheitskäufe**, welche sich ganz besonders zu schönen und nützlichen Weihnachts-Geschenken eignen.

Halle a. S. **Geschäftshaus J. Lewin.** Marktplatz 2 u. 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190211 3-10/fragment/page=0003

!Keine Kohlennot mehr!

Bis auf weiteres gebe alle Tage jedem Käufer

von ½ Pfd. meiner **hochfeinen Margarine Tafelschatz** zu 47 Pfg.

1 Packet zum Mitnehmen mit 20 Stück bester Briketts.

1 Wagen (25 Ctr.) Briketts frei Haus und Keller als Zugabe

auf 75 Pfd. Tafelschatz (hochfeine frische Margarine) 75 ganze Marken.

1 Wagen (8 Ctr.) Briketts frei Haus und Keller als Zugabe

auf 25 Pfd. Tafelschatz (hochfeine frische Margarine) 25 ganze Marken oder 50 halbe Marken.

Durch Verbindung mit größten und ältesten Fabriken bin ich in der Lage, beste Ware stets billig zu liefern.

Empfehle besonders noch meine anderen sehr beliebten Marken:

Berolina, Pfd. 80 Pfg. **Krone**, Pfd. 70 Pfg. **Adler**, Pfd. 60 Pfg.

Nur Gr. Ulrichstr. 3. **Otto Gottschalk** Nur Gr. Ulrichstr. 3.

Butter-, Käse- und Eier-Großhandlung.

Restaurant und Café zur Konsum-Halle,

Bertramstraße 18.
Donnerstag den 13. November
großer humoristischer Abend.
Um gütigen Zuspruch bittet **H. Schade.**

Marken

vom Rabatt-Spar-Verein (Halle a. S.)
nehme ich zum vollen Betrag
in Zahlung.

Zum Knusperhäus'chen,
Spezial-Konfituren-Geschäft,
Gr. Ulrichstrasse 24.

Trotz der kolossalen Billigkeit
meiner Spezial-Marken
Kaffee „Frauenlob"
Pfund 1 Mark.
Kakao „Victoria"
Pfund 1.50 Mark,
gebe ich noch **doppelte** Anzahl **Rabatt-Marken**
vom Rabatt-Spar-Verein Halle a. S.
Nicht wie überall 5 Pf. **sondern 10 Pf.** auf **eine Mark.**

Zum Knusperhäus'chen,
Spezial-Konfituren-Geschäft,
Gr. Ulrichstrasse 24.

Jeder Käufer

erhält bei mir
die doppelte Anzahl Marken
vom **Rabatt-Spar-Verein** (Halle a. S.)
Nicht wie überall 5 Pf., sondern 10 Pf. auf eine Mark.

Zum Knusperhäus'chen,
Spezial-Konfituren-Geschäft,
Gr. Ulrichstrasse 24.

Konsumverein zu Merseburg u. Umg.

Sonntag den 23. d. Mts. nachmittags 2½ Uhr in der „Funkenburg"

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates. Verteilung des Reingewinnes und Entlastung der Bewaltung. 2. Wahl von 4 Aufsichtsratsmitgliedern. 3. Statutenänderung (§ 22 und event. § 4. 4. Anträge der Mitglieder. Dieselben müssen bis zum 18. d. M. in den Händen des Vorstandes sein.

Nur Mitglieder haben Zutritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Der Aufsichtsrat.

General-Versammlung

der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Halle a. S.
am Donnerstag den 20. November 1902
abends 8 Uhr
im Restaurant „Freyberg-Bräu"
Kl. Märkerstraße 10.

Tagesordnung: 1. Wahl sp. Wiederwahl der ausgeschiedenen bezw. ausscheidenden Vorstands-Mitglieder. 2. Wahl der Vertreter zur General-Versammlung. 3. Wahl der Kassenrevisoren. 4. Verschiedenes.

Halle a. S., den 12. Nov. 1902.

Der Vorstand.
Emil Schober, Vorsitzender.

Verein für naturgemässe Gesundheitspflege zu Zeitz.

Freitag den 14. Nov. abends 8½ Uhr bei R. Wagner, Voigtstraße,
3. Kursusabend des anatom. Kursus
Hierzu ladet ergebenst ein
Der Vorstand.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**
Donnerstag den 13. November 1902
Abends 7½ Uhr:
61. Vorst. i. Ab. 43. Vorst. im Farb.-Ab.
1. Viertel. Farbe: blau.

Mignon.
Oper in 3 Akten von A. Thomas.

Freitag den 14. November 1902
Abends 7½ Uhr:
62. Vorst. im Ab. 44. Vorst. i. F.-Ab.
2. Viertel. Farbe: gelb.

Die Verschwörung des Fiesco zu Genua.
Ein republikanisches Trauerspiel in 5 Akten von Fr. v. Schiller.

Walhalla-Theater

Direktion: **Richard Hubert.**
Das außerordentlich große glänzende Programm mit

Karl Maxstadt.

als Gast
in seiner Charakter-Studie:
Novität! Ein Novität!
Karlsbader Kurgast,
bildet das
Tagesgespräch von ganz Halle.

Freitag: **Frische Wurst u. Bratwurst**
F. Bermich, Zeitz, Mittelstr.

Freitag **Schlachtefest.**
H. Theile, Zeitz, Schützenstraße.

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller.**
am Riebeckplatz, nächste Nähe des Hauptbahnhofes.

Die Original-Kämpler-Compagnie
mit ihren sensationellen Neuheit:
Eine Stunde im Chambre separée.

Barbarina Ballett-Ensemble
m. seinen grandi-osen Spitzentänzen.
Otto Lonçé, der stimmbegabteste Humorist mit seinem zeitgemäßen aktuellen Programm. **Les trois Bernhardt,** Kunstturner in höchster Vollendung. **Vier François,** equilibrist. Melange-Akt. Vollendeste Damen-Arbeit. **Posenius-Trio,** Matrosen-Luftpotpourri. **Mia Deska,** Kostüm-Soubrette. Die reizenden **Schwestern Maginell-Mullini,** amerikanische Piston-Virtuosinnen. **Dröses Velograph,** lebende Photographien.

Welt-Panorama, Gr. Ulrichstr. 61 nachm. 2-10 Uhr
Neu! **Der Rhein.** Neu!
Diese Reise wurde noch nicht gezeigt.

Kaiser-Panorama Zeitz
Brauhstraße 2/3, gegenüber der Michaeliskirche.
Vom 9.–15. November eine kostbare Reise in der malerischen
Französischen Riviera.

Freitag **Schlachtefest.**
Franz Hellmann
Zeitz, Nikolaistraße 6.

Wollen Sie Ihre **Wäsche** wirklich gut u. vorteilh. waschen, so kaufen sie
Elfenbein-Seife und
Elfenbein-Seifenpulver
mit der Schutzmarke **„Elefant"**, vorzügliche Waschmittel für den Hausbedarf. Man achte auf Schutzmarke **„Elefant"**. In fast allen **Materialwaren- und Seifengeschäften** zu haben.
Günther Hausner, Chemnitz-Kappel

Teuchern.

Feine Margarine à Pfd. 50 Pf. sowie **feinste, bester Ersatz** für Naturbutter **à Pfd. 70 Pf.** empf.
Eduard Fehse.

Alle Sorten Felle
zum Ausgerben werd. angenommen bei
Joseph Röser, Zeitz, Leipzigerstr. 5.

Wachsrosen Dtzd. 15 Pf. verkauft
Frau **Voigt,** Gr. Berlin 1, H. III.

Achtung!
Meiner werten Kundschaft hierdurch zur Kenntnis, daß ich nicht mehr bei meinem Manne bin und mein Geschäft in der
Brunnenstraße 31
allein fortführe und für meinen Mann nicht aufkomme. Bitte um werten Zuspruch. Frau **Friederike Friese.**

Möbelfabrik u. Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel- und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.
H. Bergmann, Tischlermstr.

Alle Arten Stempel in Kautschuk und Metall
Kautschuktypen, Signiertypen, Signierstahlstempel
Alfred Pfautsch
Stempel-Fabrik
Nicolaistrasse 6
(Kindelhaus)
Nummerstempel, Petschafte, Siegelmarken, Brennstempel, Plombenzangen, gepr. Blechschilder etc.

Anerkannt gut und nur zu empfehlen sind die Zigarren aus dem Geschäft von
Paul Drietchen, Wörmlitzerstr. 109

Ia. Därme und Fleischer-Geräte
empfehlen billigst
Gebrüder Manasse,
Halle a. S., Leipzigerstr. 82

Speise-Kartoffeln,
Mühlhäuser, Neustädter, Magnum bonum, Prof. Maercker, zu den billigsten Tages-Preisen bei
H. Köppe, Triftstr. 50/51

Alle Sorten Felle
kaufen zu höchsten Preisen
Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2

Guter Nebenverdienst
bietet sich Herren, welche bei hoher Provisionssätzen Feuerversicherungen vermitteln wollen und wird gebeten Adressen unter **F. K. 488** an **G. L. Daube & Co., Berlin W 8** abzugeb.

Gesunde Amme sof. gesucht
Halle a. S., Geiststraße 21.

Konfisziert gewesen!
Pfaffenspiegel.
Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche.
Von **Corwin.**
10 Lieferungen à 30 Pf.
Geb. 4 M.
Bestellungen nehmen entgegen alle Austräger sowie die
Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219021113-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 266 — Halle a. S., Donnerstag den 13. November 1902. — 13. Jahrg.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 12. November.

Die Handwerkskammer gegen Konsumvereine.

Nachdem der Konservative Verein und sein Vorsitzender Suchsland so ruhmvoll bei der Bekämpfung der Konsumvereine abgeschnitten haben, wollen sich die gleiche Blamage die Bäcker-Innung und in letzter Linie die Handwerkskammer nicht entgehen lassen. Die gestern stattgefundene Vollversammlung der Handwerkskammer hatte sich mit folgendem Antrage der Bäcker-Innung von Halle zu befassen:

Die Handwerkskammer wolle den Vorstand beauftragen, bei den zuständigen Stellen dahin vorstellig zu werden, daß

1. die Konsumvereine zu jeder Art Besteuerung herangezogen werden, denen Personen und andere Betriebe in den gleichen Verhältnissen unterliegen,
2. den Beamten der Beitritt zu Konsumvereinen verboten werde,
3. falls dies nicht erreichbar, die Uebernahme von Aemtern in Konsumvereinen untersagt werde,
4. die Errichtung von Produktiv-Genossenschaften nur den Angehörigen des gleichen Berufes beziehungsweise solcher Berufe gestattet werde, welche die Ausübung des bezüglichen Gewerbes als Hilfsmittel gebrauchen.

Der Berichterstatter, Maler Zander, sang wieder das bekannte Lied von der sozialdemokratischen Leitung des Allgemeinen Konsumvereins, um den Mitgliedern der Handwerkskammer die drohende Gefahr möglichst schwarz zu malen. Der Beamten-Konsumverein treibe natürlich keine Politik, aber da königliche und städtische Beamten gut besoldet seien, sei für sie ein Konsumverein nicht nötig und deshalb auch der Beamten-Konsumverein nicht ungefährlich. Schließlich errichteten die Konsumvereine auch noch eine eigene Fleischerei, eine Schneiderei, eine Schuhmacherei 2c., wohin solle das führen? Der Antrag der Bäcker-Innung wurde einstimmig angenommen.

Auch die Handwerkskammer wird die Entwickelung der Konsumvereine zu großkapitalistischen Handelsbetrieben nicht aufhalten können. Diese Entwickelung liegt im kapitalistischen Zeitalter begründet und daran ändern alle Sturmläufe der untergehenden Mittelklassen nichts. Die letzteren mag man bedauern, aber helfen kann man ihnen nicht.

Die Hallesche Metallindustrie und die Krise.

Seit Sommer 1900 ist in dieser Industrie der Höhepunkt der guten Geschäftszeit überschritten und sind auch seitdem Entlassungen an der Tagesordnung. Die größte Einschränkung erfuhren die Fabriken im Jahre 1901, die Neueinstellungen, die im letzten Winter bei Wegelin u. Hübner und in der Halleschen Maschinen-Fabrik erfolgten, sind durch nachträgliche größere neue Entlassungen bereits wieder wettgemacht und waren bis jetzt fast wöchentlich noch neue Entlassungen zu verzeichnen, so daß eine Besserung in dieser Hinsicht zur Zeit noch nicht wahrnehmbar ist. Das Verhältnis der Zahl der Beschäftigten in 26 der größten hiesigen Fabriken ist, nach Berufen geordnet, in folgenden Zahlen wiedergegeben. Es wurden beschäftigt:

	1900	1901	1902
Schlosser	1157	866	563
Dreher	759	507	374
Kesselschmiede	325	266	117
Schmiede	173	151	160
Maschinenarbeiter	367	233	257
Former	555	326	298
Hilfsarbeiter	616	496	554
andere Berufe	332	277	348
Lehrlinge	534	554	693
Summe:	4818.	3676.	3364.

Das ist seit 1900 eine Verminderung um **1454** Personen, gleich **30** Proz. Rechnet man 1900 sowie 1902 die Zahl der Lehrlinge, die bemerkenswerterweise in diesem Zeitraum um 159 gestiegen ist, hinweg, so ergiebt sich eine Abnahme der erwachsenen Beschäftigten um **58** Proz., eine Zahl, die kaum von einer anderen Stadt übertroffen werden dürfte. In der hier zu Tage tretenden Lehrlingszüchterei leisten einzelne Fabriken geradezu Hervorragendes und ist es deshalb gar kein Wunder, wenn die jungen Ausgelernten nach vierjähriger Lehrzeit dann oft als Marthelfer oder Hausbursche Arbeit nehmen, weil sie erfahren mußten, daß sie nichts gelernt hatten, um auch in anderen Betrieben arbeiten zu können, wozu ja die fortschreitende Spezialisierung der einzelnen Arbeiten auch ihr Teil beiträgt.

Von einzelnen Fabriken sei das ungünstige Verhältnis der Lehrlinge zu der Gesamtzahl mitgeteilt. So beschäftigt Krebs bei 86 Arbeitern 32 Lehrlinge, Wolf u. Meinel bei 83 42, Leutert bei 148 67, Herbst bei 49 20, Feller u. Co. bei 44 22, Wernicke bei 151 51, Dicker u. Werneburg bei 124 26, Seidewitz u. Ko. bei 29 11, Golka u. Ostermann bei 23 13 und Weise u. Monski bei 613 gar 135 Lehrlinge. Würde man von der Gesamtzahl nur die gelernten Arbeiter rechnen, so ergebe dies noch viel ungünstigere Zahlen. Beachtenswert ist auch, daß die Zahl der Maschinen- und Hilfsarbeiter lange nicht in dem Verhältnisse zurückgegangen ist, wie die der gelernten Arbeiter. Die Erklärung dafür ist, daß die Einführung von Spezial-Dreh- und Fräsbänken, die fast regelmäßig mit ungelernten Arbeitern besetzt werden, ständig vorwärts schreitet. Die Einführung solcher Maschinen hat auch zur Folge gehabt, daß der Herstellungspreis einzelner Arbeiten um ein ganz beträchtliches gefallen ist, was bis heute alles nur zum Vorteile der Fabrikanten ausschlägt. In wie kurzer Zeit die Zahl der Metallarbeiter in die Höhe geschnellt und gleichzeitig ebenso gefallen ist, zeigen genügend die Zahlen von einer Fabrik. So beschäftigte Weise u. Monski Anfang 1899 561 Arbeiter, im Sommer 1900, also noch nur reichlich 1½ Jahren, bereits 863, also 302 Arbeiter mehr, Ende 1901 war die Zahl wieder auf 580 gefallen, ein Wechsel, wie er selten in anderen Berufen zu verzeichnen sein wird.

Von den jetzt Beschäftigten arbeiten weniger als 10 Stunden 1378, bei 865 ist die Arbeitszeit um 2 Stunden und mehr verkürzt, und zwar arbeiten 630 bei dieser Zeit bereits über 2 Monate, und sogar bis zu 1½ Jahren. Weiter ist bei 700 die Arbeitszeit um über eine Stunde verkürzt.

Bei der Firma Dehne, wo man die Arbeitszeit nicht verkürzt hat, müssen regelmäßig eine Anzahl tagelang aussetzen. Bei diesem System wird der einzelne viel härter getroffen und kann es von den Meistern dazu benutzt werden, ihnen unlieb Gewordenen das Leben recht sauer zu gestalten. Jedenfalls würde es das Ansehen des Geheimrat Dehneschen Betriebes auch ertragen, wenn die Arbeitszeit im allgemeinen verkürzt würde, was dann wenigstens alle gleichmäßig träfe.

Drei Firmen: Baß u. Littmann, Wuth u. Diederich und Fritsch u. Co., die 1900 zusammen noch 200 Mann beschäftigten, haben in dieser Zeit ihre Thore überhaupt geschlossen, was bei einigen anderen Firmen wohl auch nur mit Hangen und Bangen bisher vermieden ist.

Gleichzeitig ist die Konzentration der Betriebe in dieser Periode fortgeschritten und sind die vier Firmen Wegelin u. Hübner, Wolf u. Meinel, Seifert u. Co. und Baß u. Littmann zu einer Firma Wegelin u. Hübener A.-G. vereinigt worden.

Alles in allem ergiebt die vorliegende Statistik, daß wohl in keinem Zweige der Industrie die Krise so viele Opfer gefordert hat, als in der Metallbranche.

Sechs Wochen in Haft behalten und dann freigesprochen

wurde vom Landgericht Halle des 12jährige Schulmädchen Auguste Hauf von Eisdorf. Das unglückliche, einen durchaus harmlosen Eindruck machende Kind wurde jüngst in „Anstaltsuniform" der Halleschen Strafkammer vorgeführt, vor der es sich wegen Brandstiftung verantworten sollte. Die blauen Gefangenenkleider und die große Schürze paßten nicht für das jammernde und weinende blasse Kind, das allgemeines Mitgefühl im Zuhörerraum zu erwecken schien. Glücklicherweise kommt es nur selten vor, daß man solche „kleinen Gefangenen", für welche die Gefangenenkleidung unmöglich zugeschnitten sein kann, so lange in Haft behält. Was mag das Kind, weggerissen aus dem Hause der Eltern, für Angst und Sorge ausgestanden haben. „Vater, ich habe immer geweint und immer an Euch gedacht", erklärte es jammernd und mit Thränen in den Augen, als es im Gerichtssaal den Angehörigen wieder die Hände drücken konnte.

Zur Last gelegt wurde der Angeklagten am 17. Sept. d. J. zu Eisdorf eine dem Gutsbesitzer Edmund Henze gehörige Feldscheune vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben. Die Angeklagte bestreitet die ihr zur Last gelegte That und behauptet, sie wäre zur Zeit der Brandlegung auf dem Gottesacker gewesen, hinter dem die Scheune gelegen. Dort habe sie Beeren pflücken wollen und auf dem Wege dorthin habe sie die Brüder Lichtenfels getroffen. Später sei sie zu ihrer Schwester gegangen, um Kartoffeln zu holen. Ein Zeuge wollte aber gesehen haben, wie die Angeklagte, mit den Händen unter der Schürze, von der Ecke des Kirchhofs, die der Scheune am nächsten liegt, kurz vor dem Brande im vollen Laufe angerannt kam. Am Tage des Brandes war Jagd gewesen und Gutsbesitzer Henze hatte kurz nach 4 Uhr alle Thore zugeschoben, weil es regnete; eine halbe Stunde später rief ihm aber sein Vater zu: „Die Feldscheune brennt." Es wurde zunächst nur an der von dem offenen Maschinenschuppen zugänglichen Seite Rauch bemerkt, als man aber der Scheune näher kam, brannte alles lichterloh. In der Scheune befanden sich für 40 000 M. Gerste und Weizen. Arbeiter Spanier stand in der Schnitzelgrube und will gesehen haben, wie die Angeklagte von der Scheune her bis auf die Straße gelaufen gekommen. Er will sich darüber gewundert, aber nichts dabei gedacht haben. Einige Minuten später, gleich nach 5 Uhr wäre die Scheune in Brand geraten. Ein Feldhüter hat aber von ½5 Uhr, als er auf sein Feld gehen wollte, bis zum Brande keinen Menschen am Thatort gesehen und behauptet, er hätte die Angeklagte sehen müssen, wenn sie dort gewesen wäre. Zur Sprache kam, daß die Kinder in dortiger Gegend zur Zeit der Ernte auf dem Felde viel „kokeln", das heißt mit Feuer spielen, indem sie Kartoffelkraut 2c. abbrennen. Der Staatsanwalt beantragte wegen fahrlässiger Brandstiftung 1 Woche Gefängnis. Der Verteidiger beantragte Freisprechung; die Angeklagte, die zweifellos unschuldig in der Haft gelitten habe, sei als 12jähriges Mädchen die älteste von 5 Geschwistern; auch die Eltern hätten unter der Sache schwer zu leiden gehabt. Das Gericht sprach das Kind frei, da nicht ausgeschlossen sei, daß ein anderes Kind das Feuer angelegt habe. Natürlich wurde das unglückliche kleine Geschöpf sofort aus der Haft entlassen.

* **Wahl von Krankenkassenvertretern.** In der außerordentlichen Generalversammlung der Krankenkasse für Brauer und Müller wurden die von den beiden Verbänden aufgestellten Kandidaten gewählt. Die anwesenden Bundesgesellen, welche keine Kandidaten aufgestellt hatten, enthielten sich der Abstimmung.

* **Vom Zuge überfahren lassen** hat sich in der vergangenen Nacht an der Zuckerraffinerie auf den Geleisen der Thüringer Bahn ein wohlgekleideter Mann, in dem man einen gewissen Mehlhose aus Giebichenstein erkannt haben will. Vorübergehende Arbeiter fanden heute morgen den Kopf des Entseelten zwischen den Schienen, während der Rumpf an der Böschung lag, in die der Unglückliche vorher seinen Regenschirm hineingesteckt hatte.

* **Das Welt-Panorama,** Große Ulrichstraße 6, I, bringt diese Woche vom Rhein eine ganz neue Serie von Aufnahmen, die sich in Bezug auf gut gewählte Fernsichten, naturtreue Wiedergabe und reichhaltige Zusammenstellung den bisher vorgeführten beiden Serien vorteilhaft anreiht. Die Fahrt geht von Bingen nach Köln und bietet viele sehr reizvolle Bilder unter welchen die Burg Rheinstein, das Rheinpanorama vom Hühnerberg aus, das Panorama von Boppard, Die Ruine Godesberg, der Kölner Dom von der Eisenbahnbrücke aus, die Dom-Terrasse mit Hauptbahnhof, die Viktoria regia in der Kölner Flora besonders bemerkt zu werden verdienen. — Nächste Woche: Wanderungen im bairischen Hochland.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Wie alljährlich, so betrachtet auch in diesem Jahre die Direktion es als eine Ehrenpflicht, Schillers Geburtstag durch die Aufführung eines seiner Werke zu gedenken. Durch die Aufführung der Nibelungen war für die würdige Vorbereitung des Fiesko, auf welches Stück diesmal die Wahl gefallen, die Zeit zu kurz, so daß die Schillerfeier auf Freitag verlegt werden mußte. Das feurige Jugendwerk Schillers findet gerade in diesem Jahre eine passende Besetzung der Hauptrollen, welche sich auf Herrn Rodius (Fiesco), Herrn Heine als starrer Republikaner Verina, Herrn Sieg als Mohr, Herrn Traeger als Bourgognino verteilen. Frl. v. Schultz und Frl. Ravenau, sowie Frl. Adolphi spielen die weiblichen Rollen. Die Einrichtung lehnt sich an die der Meininger an und überschreitet das Stück den üblichen Theaterabend nicht. Regie: Herr Oberregisseur Scholling. — Am Freitag haben beide Abonnementsserien Giltigkeit, Schülerbillets werden an der Abendkasse ausgegeben. Morgen, Donnerstag, wird Mignon wiederholt (Beamtenkarten giltig.)

△ **Zeitz.** Bedingte Verurteilung. Vor einiger Zeit hatte ein Kellnerlehrling Leibing, der im Bahnhofsrestaurant lernte, seinen Kollegen mehrere Sachen entwendet und damit das Weite gesucht. Er war deshalb angeklagt worden und stand am Montag vor dem Landgericht in Naumburg. Da der Angeklagte geständig war und seine That bereute, wurde er zwar zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt, die Strafvollstreckung jedoch ausgesetzt. Wenn L. nun nicht wieder stiehlt, so hat er die Strafe nicht zu verbüßen. Wird er jedoch wieder wegen Diebstahls bestraft, muß er die obigen 4 Wochen mit absitzen. Wir halten diesen Entscheid für sehr vernünftig und wünschten nur, die Gerichtshöfe brächten ihn für jeden ersten Fall in Anwendung.

△ **Zeitz.** Im Kaiser-Panorama in der Brausir. 2—3 gelungt in dieser Woche eine prachtvolle Reise durch die malerische französische Riviera zur Vorführung in 50 vortrefflich hergestellten Bildern. Arbeiterkarten à 12 Pf. sind zu haben in der Buchhandlung A. Leopoldt.

Weißenfels. Ortskrankenkasse III. Sonntag, den 16. November, finden die Ersatzwahlen für 10 Vertreter in Abteilung I und 11 Vertreter in Abteilung II (für weibliche Mitglieder) statt. Es werden hiermit alle Mitglieder der Ortskasse III aufgefordert, die von der Gewerkschaftsorganisation aufgestellte Liste zu wählen. Wücht der organisierten Arbeiter ist es, in den Betrieben, welche der Ortskasse angehören, auf diese Wahl hinzuweisen, und für rege Beteiligung zu sorgen. Besonders die weiblichen Mitglieder mögen nicht versäumen, von dem ihnen zustehenden Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Wahlzeit ist auf nachmittag von 3 bis 5 Uhr angesetzt und somit jedem Mitglied Gelegenheit gegeben, sein Wahlrecht auszuüben zu können.

C. **Weißenfels.** Krankenkassenwahlen. Die am Sonntag in der Zentralhalle vollzogene Wahl von Vertretern der Ortskrankenkasse II hat den Rückwärtiern den nicht besonders ehrenvollen Sieg beschieden. Seit Jahren schon ist stets bei jeder Wahl namentlich von Hirsch-Dunckerscher Seite in Bezug auf Entstellung und Verdrehung von Thatsachen gegen die jetzige Verwaltung der Ortskrankenkasse II das Menschenmöglichste und Gemeinste geleistet worden, weil es eben zur Wahlmache so gebraucht wurde. Auch diesmal haben alle Minen springen müssen. Zuvor wurde durch ein tendenziös entstelltes Eingesandt in einem bürgerlichen Blatte der Gipfel der Unverfrorenheit erklommen; dann mußte am Sonntage, dem Tage der Wahl, die für die Pläne der Hintermänner bearbeitete Arbeiterkasse für sie zum Wahllokal führen lassen, um den Wunsch der Vorgesetzten zu erfüllen. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir behaupten, daß ein großer Teil der so zur Wahl Geschleppten sich leider überhaupt noch nie um Krankenkassenangelegenheiten gekümmert hat und somit sich nur zum Stimmvieh gebrauchen läßt. Aber der Zweck heiligt die Mittel. Unser Tageblatt schreibt auch freudestrahlend:

Krankenkassenwahl. Bei den gestern nachmittag von 2 bis 6 Uhr in der Zentralhalle abgehaltenen Vertreterwahlen für die Ortskrankenkasse II wurden in allen drei Abteilungen die gegen die sozialdemokratische Partei aufgestellten Kandidaten gewählt. Gegen die gewählten Kandidaten der Arbeitgeber wurde von letzterer Partei sofort Protest angemeldet.

Die Liste der Hirsch-Dunckerschen erhielt 102 Stimmen, die andere blieb mit 82 Stimmen in der Minorität. Zugegeben werden muß, daß die unverantwortliche Lauheit und Interesselosigkeit der organisierten Arbeiter einen derartigen Wahlausfall verschuldet hat.

△ **Streckau.** Diebstahl. Hier stahl am Sonnabend abend der Arbeiter Kennecke, der in einem sog. Arbeiterquartier

Ca. **500 Blusenhemden**

in **Satin, Batist, Leinen, Zephir, Rips etc.** verkaufe ich von heute ab, um damit zu räumen,

statt	11 Mk.,	10 Mk.,	9 Mk.,	8 Mk.,	7 Mk.,	6 Mk.,	5 Mk.,	4 Mk.
jetzt	4.50 Mk.,	4 Mk.,	3.50 Mk.,	3 Mk.,	2.50 Mk.,	2 Mk.,	1.50 Mk.,	1 Mk. u. 75 Pfg.

H. C. Weddy-Pönicke, Leipzigerstrasse 6.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219021113-10/fragment/page=0005

mit mehreren Arbeitern zusammenwohnt, einem Nebenarbeiter 68 M. Das Geld fand man bei der Haussuchung in einem Stück Brot, das der Spitzbube zu diesem Zweck ausgehöhlt hatte, vor. Kennecke, der aus Magdeburg stammt, wurde in Haft genommen.

‡ **Querfurt.** Lustiges von der Agitation. Genosse B. von hier, der es unternommen, am Sonntag, den 9. d. M., das Städtchen Nebra mit Volkskalendern zu belegen, konnte dort Ergötzliches erleben. Als B. fleißig Straße auf, Straße ab trabte, hält ihn plötzlich ein Mann mit vielem Ernst und großer Würde an. „Wissen Sie nicht, daß am Sonntag das Hausieren verboten ist? fragt er unseren B. Dieser, dem Wahlspruch: Zeit ist Geld gemäß, frägt kurz: „Wer sind Sie?" „Ich bin der Feldhüter," spricht jener, wichtig auf sein Schild am Rocke deutend. Darauf unser B.: Wenn Sie Feldhüter sind, dann gehören Sie auch auf das Feld, hier haben Sie nichts zu fragen und zu sagen". Damit geht B. seines Weges weiter. Kurze Zeit darauf wird er von einem Polizisten angehalten, der B. dieselbe Frage vorlegt, wie es der wißbegierige Herr Feldhüter gethan. B. macht denselben darauf aufmerksam, daß zwischen Hausieren und Verbreiten von Druckschriften ein Unterschied sei. Doch welcher rechtschaffene Diener der heiligen Hermandad nimmt Belehrungen von einem gewöhnlichen Unterthanen an! „Kommen Sie mit," war alles, was er sagte. B. wurde dem Bürgermeister vorgeführt, der Namen und Wohnort notieren ließ und dem Uebelthäter erklärte: „Es ist ganz egal, ob Sie Ihre Kalender gegen Geld oder umsonst geben; heute ist Sonntag, ich verbiete Ihnen das Verbreiten derselben. Wenn Ihnen nun eine Zustellung zugeht und Sie gefällt Ihnen nicht, so können Sie Widerspruch erheben." Leider ließ sich B. hierdurch abhalten, seine Kalender weiter zu verbreiten. Doch am nächsten Sonntag geht ein anderer nach Nebra, der sich vom dortigen Bürgermeister das Verbreiten von Kalendern sicher nicht verbieten lassen wird.

d. **Taucha.** Zur Lokalfrage. In einer Unterredung, welche hiesige Genossen und der Vorsitzende des Hohenmölsener Sozialdemokratischen Vereins mit dem Gastwirt Hoffmann von hier hatten, erklärte dieser ehrenwörtlich, er sei bereit sein Lokal der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen. Allerdings sei dies erst von Weihnachten ab möglich. Da Hoffmann entschlossen zu sein scheint, sein Versprechen zu halten, so ist es nunmehr an der Arbeiterschaft, für einen regen Besuch des Lokals durch die Arbeiterschaft zu sorgen, damit die Tauchaer Arbeiter beim bevorstehenden Wahlkampfe einen Versammlungsraum zu ihrer Verfügung haben. Je stärker der Besuch des Hoffmannschen Lokals sich jetzt gestaltet, um so mehr wird sein Besitzer sich hüten, das einmal gegebene Versprechen nicht zu halten.

Torgau. Verurteilung. Bei der letzten Sitzungsperiode wurde vom Schwurgericht gegen den Schriftsetzer Hermann Kuhnert aus Schildau verhandelt, der angeklagt war, am 17. August d. Js. zu Wildenhain den Fleischermeister Schade aus Mockrehna vorsätzlich körperlich mißhandelt und durch diese Körperverletzung den Tod Schades verursacht zu haben. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre verurteilt.

Memleben. Ertrunken. Als am letzten Sonnabend gegen 8 Uhr abends 5 Personen auf einem Floß in der Nähe des Steingrabens über die Unstrut setzen wollten, geriet das Floß ins Schwanken und schlug um. Während sich zwei von den Insassen durch Schwimmen retten konnten, sind beklagenswerterweise die Schiffer August Hornbogen, Wilhelm Hornbogen und Karl Erfurt von hier ertrunken.

Gommern. Glänzender Sieg bei den Stadtverordnetenwahlen. Endlich ist es gelungen, auch in das hiesige Stadtparlament Vertreter der Arbeiterklasse hineinzubekommen. Von 231 abgegebenen Stimmen erhielten Genosse Zigarrenhändler Karl Voigt 120, Genosse Steinhauer Friedrich Voigt 118, Herr Schlossermeister Schlütter 78, Herr Direktor Schüßler 81 und Herr Privatmann Hinze 19 Stimmen. Außerdem wurden noch 38 ungiltige Stimmen abgegeben. Mithin sind unsere beiden Genossen Voigt gewählt.

Es soll nicht geleugnet werden, daß trotz der Schmach des öffentlichen Wahlverfahrens verschiedene Umstände der Agitation unserer Partei außerordentlich günstig waren. Namentlich hat der große Gommerner Landfriedensbruchs-Prozeß das seinige gethan, um auch die uns bisher noch fernstehenden Kreise für unsere Partei zu gewinnen.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In **Göttnitz** erhängte sich der Arbeiter Jahn an einem Obstbaum. J. war dem Trunke ergeben und lebte in unaufhörlichem Zwiste. — Auf dem Felde verhaftet wurde der Landwirt Ferdinand Dietrich aus Ober-Eichstädt, weil er mit seinen zwei ältesten Töchtern sträflichen Umgang gepflogen haben soll. — Ueberfahren wurde in **Wittenberg** der 20jährige Landwirt Fräßdorf aus Köpenick. Er wurde schwer verletzt. — Beim Soldatenspielen einer Anzahl Schulknaben entstand in **Mühlhausen** i. Th. durch Hineinmischen größerer Burschen eine Schlägerei, in der ein 10jähriger Knabe getötet wurde. — In **Untergreislau** bei Weißenfels brach am Sonnabend abend im Gasthaus zur Weintraube Feuer aus, wobei eine Scheune und ein sich anschließendes Seitengebäude ein Raub der Flammen wurde. — Auf einer Kirmeßfahrt wurde die Frau eines Landwirts aus **Größnitz** überfahren und tödlich verletzt.

Gemeindezeitung.

Stadtverordnetensitzung in Weißenfels.

C. Zunächst war der Dank entgegenzunehmen vom Lehrer Kirchberg für das Ehren-Geschenk zum 50jährigen Lehrerjubiläum, und ebenfalls bedankt sich der Polizeisergeant Krüger für das ihm verabfolgte Geldgeschenk. Die Bewilligung von Geschenken wird in die geheime Sitzung verlegt, öffentlich wird der Dank dafür abgestattet.

Punkt 1. Haushaltungsplan der Bergschule (I. Volksschule): Einnahme und Ausgabe 58 930 Mark, der Kämmereizuschuß betrug 44 426.78 M. Da aus finanziellen Rücksichten für die Bergschule eine Turnhalle nicht gebaut werden kann, so wurde angeregt, ob es nicht möglich sei, den Husaren-Reitstall zum Turnen zu benutzen. Da aber der Raum als nicht geeignet erachtet wurde, nahm man Abstand davon, die Kinder mögen also weiter den 20 Minuten weiten Weg durch die Stadt nach der Turnhalle zur Winterzeit machen, es betrifft ja nur Arbeiterkinder.

Punkt 2. Haushaltungsplan der II. Volksschule: Einnahme und Ausgabe 77 000 M., der Kämmereizuschuß belief sich auf 56 361.43 M.

Punkt 3. Haushaltungsplan der III. Volksschule: Einnahme und Ausgabe 59 700 M., Kämmereizuschuß 43 643.63 Mark.

Punkt 4. Haushaltungsplan der Bürgerschule. Einnahme und Ausgabe 78 100 M. Kämmereizuschuß 46 944.13 M. Die Schülerzahl ist von 984 auf 864 gesunken. Es wurde die Umwandlung der Bürgerschule in eine Volksschule angeregt.

Die Stadtr. Braun, Jacobi, Barthmann und Geppert wendeten sich dagegen, daß in der Bürgerschule Schulklassen mit 23 oder 25 Kindern besetzt sind, dagegen in den Volksschulen mit bis 70 Kindern, erscheint den Herren nicht weiter auffällig, und daß der Kämmereizuschuß auf den Kopf der Bürgerskinder einen viel höheren Betrag ausmacht als auf den Kopf eines Volksschülers, ist eben das Privileg unserer Bürger; denn mehr Schulgeld zu bezahlen, dazu versteht man sich nicht. Das mögen die Steuerzahler der arbeitenden Klassen mitbezahlen.

Punkt 5. Haushaltungsplan der katholischen Volksschule: Einnahme und Ausgabe 6550 M. Kämmereizuschuß 5560.51 M.

Punkt 6. Haushaltungsplan der Krankenhausverwaltung: Einnahme und Ausgabe 23 700 M. Kämmereizuschuß von 4472.95 M. war erforderlich.

Punkt 7. Haushaltungsplan der Armenverwaltung: Einnahme und Ausgabe 55 200 M., hinzukommt ein Kämmereizuschuß von 14 518.23 M.

Punkt 8. Haushaltungsplan der Friedhofsverwaltung: Einnahme und Ausgabe 5250 M., ein Ueberschuß von 1926 wurde erzielt.

Punkt 9. Haushaltungsplan des Einquartierungswesens: Einnahme und Ausgabe 1355 M. Kämmereizuschuß von 1225 M.

Punkt 10. Haushaltungsplan der Schlachthofverwaltung: Einnahme und Ausgabe 56 430 M.

Punkt 11. Die Petition betreffend Aufhebung der Grenzsperre für Viehseinfuhr stand nochmals zur Verhandlung. Wiederum war es für unsern Herrn Bürgermeister seine städtische Angelegenheit. Andere versprachen sich seinen Erfolg davon, so daß schließlich von 28 anwesenden Stadtverordneten nur 15 sich prinzipiell für Absendung der Petition erklärten. Der Herr Stadtverordnete Braun wollte aus der Schlachthofstatistik erkennen, daß in unserer Stadt ein Mangel an Schlachtvieh nicht vorhanden wäre. Aus der Zählung geht aber hervor, daß außerdem 275 Pferde und 8 Hunde geschlachtet worden sind. Und daß sich unsere städtische Bevölkerung um über 600 Köpfe seit voriges Jahr vermehrt hat, bleibt für einen Justizrat Braun unbeachtet.

Punkt 12. Unser Arbeitsnachweis soll als ständige Einrichtung anerkannt werden. Zur Bestreitung der Ausgaben sind noch 230 M. erforderlich, die in den Etat eingestellt werden. Bei dieser Gelegenheit wurde gewünscht, daß der Arbeitsnachweis der Schuh- und Schäftefabrikanten dem städtischen einverleibt werden solle. Stadtverordneter Seiler erklärt dies für aussichtslos, im Arbeitsnachweis der Schuhmacher würde auf passende Arbeitskräfte und außerdem auch in politischer Hinsicht mehr Rücksicht bei Einstellung von Arbeitskräften genommen. Eine kostbare Offenherzigkeit des Herrn Seiler, die sich die Arbeiter merken mögen. Im übrigen ist dies aber für die Arbeiter nichts Neues.

Naumburg. Die Stadtverordnetenversammlung hatte seiner Zeit beschlossen, an Stelle eines Stadtbaurates einen Stadtbaumeister auf dreimonatliche Kündigung anzustellen. Dieser Beschluß war aber vom Bezirksausschusse, wie auch vom Provinzialrat verworfen worden; der Stadtbaumeister müsse zu den lebenslänglich angestellten Beamten gehören. Es lag nun der letzten Versammlung die Frage vor ob sie wieder die Anstellung eines Baurates oder die eines „lebenslänglichen Baumeisters" wünsche. Mit allen gegen 8 Stimmen wurde die Ausschreibung einer Baurathstelle abgelehnt, dagegen einstimmig beschlossen, einen Baumeister, der zwei Prüfungen bestanden hat, anzustellen. Dieser Herr hat sich zuvor einer zweijährigen Probezeit zu unterwerfen und sich zu verpflichten, auf Wunsch und Wahl der Versammlung, ev. schon vor dem Ende der Probezeit, auch in den Magistrat, als Baurat, einzutreten. Während der Probezeit steht jedem Teile eine dreimatliche Kündigung zu.

Aus dem Reiche.

Berlin. Ein Angriff auf einen Militärposten ist nachts an der Grenze der Jungfernheide im Hafelhorstergebiete verübt worden. Ein Kanonier des Garde-Fußartillerieregiments stand Posten auf einem Uebungsplatz, wo sich eine Menge Artilleriematerial befindet. Welchen Zweck der Ueberfall hatte, ist noch nicht aufgeklärt.

Danzig. Eine Falschmünzerwerkstatt wurde von der Kriminalpolizei aufgehoben. Ein Schlosser Behrend und dessen Braut wurden verhaftet. Behrend hatte Fünfzigpfennigstücke angefertigt.

Thorn. Eine Mordthat ist nach einer Meldung des B. T. jetzt aufgedeckt worden. Im Jahre 1898 fand man einen Ulanen des in Thorn garnisonierenden Ulanen-Regimentes außerhalb des Kasernenstalles erhängt vor und nahm Selbstmord an. Jetzt hat, von Gewissensbissen geplagt, ein früherer Ulan in Schleswig-Holstein gestanden, daß er im Streit den Kameraden erwürgt, dann, um die That zu verdecken, an einer Kandare aufgehängt habe.

Hamburg. Opfer des Meeres. Die von Iquique eingetroffene Bark Gudrun hatte bei Kap Horn einen Verlust von fünf Mann der Besatzung. Ein Schiffsjunge war über Bord gestürzt und ein Boot mit vier Matrosen wurde zur Rettung flott gemacht. Das Boot kenterte indes und sämtliche Insassen ertranken.

Chemnitz. Einen Mordversuch verübte ein 21jähriges Dienstmädchen aus Rheinsdorf in Oberschlesien an ihrem früheren Geliebten, einem 25jährigen Steinmetzgehilfen, indem sie ihm mit einem Messer mehrere schwere, jedoch nicht tödliche Halswunden beibrachte. Der Schwerverletzte fand im Krankenhaus Aufnahme, die Thäterin wurde verhaftet. Das Motiv zur That soll verschmähte Liebe sein.

Paderborn. Eisenbahnunglück. Der Stationsvorsteher des Bahnhofs Rheda wurde beim Ueberschreiten des Geleises nach Abnahme eines Zuges durch einen von der anderen Seite kommenden Güterzug überfahren und zermalmt.

Altenkirchen. Arbeiterrisiko. In der Gemeinde Friesen wurden drei an einer Kiesgrube beschäftigte Arbeiter verschüttet. Einer von ihnen, ein Vater von sechs Kindern, war sofort tot.

Vermischtes.

* **Eine Schülerrevolte** fand im Stifte Athenäum in Chalons sur Marne statt. Die Schüler bewarfen die Professoren mit Büchern, Tintenfässern rc. und bedrohten sie schließlich mit dem Tode. Es wurde Gendarmerie herbeigerufen, um die Schüler in Schach zu halten. Fenster waren eingeschlagen, Bänke und Mobiliar demoliert. Das Stift ist vorläufig geschlossen.

* **Brückenbrand.** Die im Bau begriffene Brücke über den East River zwischen Newyork und Brooklyn ist durch Feuer beschädigt worden. Der Schaden wird auf eine halbe Million Dollars geschätzt. Die zwei Brücken für Fußgänger, die an den Hauptkabeln hängen, sind zerstört. Die Behörden ließen den Verkehr auf dem East River einstellen, da ein Regen von Feuer und glühendem Eisen von der Brücke herunterfiel. Der Brand kam in der Spitze des 355 Fuß hohen Turmes auf der Newyorker Seite aus.

* **Mascagni** ist auf Anordnung des Obergerichts nach Hinterlegung einer Bürgschaft von 4000 Dollars, die er selbst beibrachte, in Freiheit gesetzt worden. Sofort nach der Haftentlassung belangte Mascagni seine früherern Geschäftsführer gerichtlich auf Zahlung von 50 000 Dollars wegen seiner unbegründeten Verhaftung.

Neues Theater.

Den gestrigen Fuldaabend quittieren wir Herrn Direktor Mauthner als Abschlagszahlung auf die bessere Zukunft sehr gern. Die Auswahl der drei liebenswürdigen Einakter war eine so gute, als die Aneinanderreihung derselben eine recht geschickte war. Ludwig Fuldas Komik hat selbst da, wo sie derb wird, nichts Plumpes an sich, seine Ironie und sein Sarkasmus sind ebenso scharf als sie fein sind, die Charakterisierung ist meist eine treffliche, die Bühnentechnik zeugt von meisterhafter Routine.

Es sind alles nur Kleinigkeiten, diese drei Einakter, große weiterschütternde und tiefangelegte Probleme werden in ihnen nicht gelöst, aber die oben gezeichnete geistvolle Art, wie die aufgeworfenen Fragen beantwortet werden, sichert Fuldas Einakternden wohlverdienten Erfolg.

Eröffnet wurde der Abend mit dem kleinen Schauspiel Die Zeche. Ein adliger Lebemann, der in seiner Jugend eine junge Gouvernante im Hause seiner Mutter, als die eine unter vielen anderen, verführt und mit ihrem Kinde im Elend verlassen hat, findet die Jugendgeliebte in guten Verhältnissen nach mehr als dreißig Jahren in einem kleinen Badeorte wieder, den er, der für seine Jugendsünden durch frühes Siechtum büßen muß, zur Stärkung seiner ruinierten Gesundheit aufgesucht hat. Beide erkennen einander wieder, der Baron will, der einst von ihm Verlassenen durch die Ehe späte Genugthuung verschaffen, er will seinen Sohn, der eben der ihn in dem Badeorte behandelnde Arzt ist, adoptieren. Doch Agathe schlägt das, was sie einst so erlehnt, stolz aus, und der Baron sieht ein, daß auch sein Sohn, der als Arzt erkannt hat, was des Geistes Kind er ist, nimmermehr den alten Wüstling als seinen Vater anerkennen würde. So muß der gebrochene Mann noch jetzt im späten Alter für sein „Amüsement" die Zeche bezahlen. Prächtig dem Leben abgelauscht ist der alte Rouee, der von Herrn Wilh. Helmuth-Bräm ganz den Intentionen des Dichters entsprechend gegeben wurde. Die zweite Hauptperson des Stückes, Agathe Dorn, die von Frau Bensberg mit etwas mehr kaltem Stolz und weniger Gemütlichkeit hätte aufgefaßt werden sollen, wird in ihrer Wirkung dadurch ein wenig beeinträchtigt, daß sie der Dichter sich zu breiten Reflexionen hingeben läßt.

Dem ernsten Schauspiel folgte eine lustige, feine Verspottung des Duellunfugs. In dem Lustspiel Ein Ehrenhandel läßt sich der Regierungsrat v. Trechwitz im Sekttaumel dazu hinreißen, die Frau des Majors Hagen zu küssen. Er wird dabei vom Major und zwei anderen Zeugen überrascht. Ein Pistolenduell soll die Schmach sühnen. Doch die kluge Frau des Regierungsrats weiß das Unheil zu verhüten. Sie vermag den Major dazu zu bewegen, daß er sich Revanche für die Kränkung seiner Gattenehre holt, indem er in Gegenwart derselben beiden Zeugen die Frau des Regierungsrats küßt und indem diesem zur Strafe ein förmliches Protokoll über diesen Duellersatz zugestellt wird. Von geradezu köstlicher Satire und Ironie strotzt die Szene, in der die Frau des Regierungsrats den Major von der Zweckmäßigkeit ihres Vorschlages zu bestimmen sucht; man vergißt darüber, daß eine solche Szene bei den in Offizierkreisen herrschenden Ansichten eigentlich wenig wahrscheinlich ist. Uebrigens hätte die dramatische Wirkung unseres Erachtens sich noch steigern lassen, wenn die beiden von der Regierungsrätin durch einen Brief herbeizitierten Zeugen unbemerkt den Revanchekuß beobachtet hätten. Daß sie so offiziell daran teilnehmen, bietet zwar dem „korrekten" Assessor und dem biederen Oberleutnant Gelegenheit, vorher ihre Meinung über den Fall zum besten zu geben, es hinterläßt aber bei dem Zuschauer eine gewisse Enttäuschung. Die Palme in diesem Stücke gebührt zweifellos der Frau Regierungsrat des Fräulein Naylor. Ihre Lilli war eine ebenso kluge und witzige wie elegante Frau. Ihre Partnerin, Fräulein Oette, dagegen wußte mit der allerdings nicht besonders dankbaren Rolle der Majorsgattin nicht viel anzufangen. Fräulein Wangemann verfiel als ihre Töchter suchende Justizrätin in ihre alte Sünde, sie übertrieb zu sehr. Schon eher konnte man sich die Karikatur des korrekten Assessors durch Herrn Nesler gefallen lassen, während der Oberleutnant des Herrn Eckert etwas weniger hausbacken sein durfte. Als Regierungsrat war Herr Eibenack auf dem Platze, von dem Major des Herrn Helmuth-Bräm könnte man dasselbe aber nicht behaupten: seine Maske erschien sogar dem abholzt unmilitärischen Auge des Schreibers dieser Zeilen gänzlich unmöglich.

Eine weitere Steigerung zur Lustigkeit bedeutete der dritte Einakter „Fräulein Witwe." Er war das schwächste von allen drei Stücken, eigentlich schon mehr Schwank als Lustspiel, aber doch selbst in den tollsten Situationen durch die geistreiche Durchführung und den kaum einmal banalen Witz geadelt. Ein junges Mädchen, eben das Fräulein Witwe, trauert schon 7 Jahre lang um den Geliebten, der als 21jähriger Student nach Afrika gegangen war, weil er eine Antipathie gegen jegliche Examina hatte. Ihre Trauer ist so tief, daß sie um dessen Willen die ernsthaften Bewerbungen des Dr. Funk ausschlägt. Da kehrt der Geliebte als Muhammedaner Abu Abdallah mit seiner Tante Fatime und seinem schwarzen Söhnchen zurück. Fräulein Witwe wird durch seinen Anblick kuriert, und reicht dem Dr. Funk die Hand zum Lebensbunde. Fräulein Weinberger war als melancholisch-schwärmerisches Fräulein Witwe nicht übel, köstlich war die bierdurstige Fatime, das Fräulein Wangemann, die auf der Bühne einen zwerchfellerschütternden Negertanz zum besten gab. Die Herren Eibenack (Dr. Funk) und Deutschmann (Abdallah), besonders der letztere, boten Zufriedenstellendes. Die Regie waltete in allen drei Stücken trefflich ihres Amtes. gk.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 12. November. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages sind eine Reihe Abänderungsanträge zu dem Antrag Aichbichler vorbereitet worden. Die Form des Amendements ist gewählt worden, um zu verhindern, daß auf Grund des § 53 Uebergang zur einfachen Tagesordnung beschlossen werden könnte.

Wien, 12. November. Die im Verlag des Vorwärts erschienene Druckschrift: Ist Christus Gott, Mensch oder Uebermensch? wurde in Oestreich verboten.

London, 12. Nov. Der Minister des Aeußern, Lansdowne, hatte gestern eine längere Unterredung mit Wilhelm II.

Berlin, 12. Nov. In der Wohnung seines Freundes Kullmann in der Brunnenstraße gab der 33jährige Geometer Schwerk einen Schuß auf seine Frau ab und tötete sich dann selbst durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Die Frau wurde, lebensgefährlich verletzt, ins Krankenhaus gebracht. Das Motiv zur That ist noch unbekannt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 11. November.

Aufgeboten: Kaufmann Rabe und Franziska Barth (Halle a. S. und Diemitz). Arbeiter Zetzsche und Martha Lange (Näthern). Arbeiter Zulka u. Emilie Reinhardt (Abberode).

Eheschließungen: Zimmerpolier Plato und Marie Schocher (Bergstr. 7 und Fleischerstr. 44).

Geboren: Drechslermeister Ermisch T. (Kaulenberg 5). Oberleutnant Steinsdorff S. (Zinksgartenstr. 3). Zimmermann Bottger S. (Krausenstr. 22). Postboten Reichert S. (Meckelstraße 26). Arbeiter Zörner T. (Schwetschkestr. 23). Aufseher Buetzschel S. (Pfännerhöhe 58).

Gestorben: Witwe Saalfeld. 65 J. (Magdeburgerstr. 39). Lehrer emer. Schilling, 67 J. (Prinzenstr. 11).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 11. November.

Aufgeboten: Arbeiter Lüdike u. Lina Tänzer (Freimfelderstraße 9 und Kl. Gosenstr. 4).

Geboren: Kellner Wilsdorf T. (Burgstr. 9). Lehrmittelanstalts-Besitzer Schlüter T. Viktor Scheffelstr. 7). Töpfer Kamming T. (Trotharstr. 8). Kaufmann Rosenberg S. (Geiststraße 21).

Gestorben: Rentiere Grünwald, 50 J. (Schillerstr. 11).

Quittung.

Zeitz. Für den Sozialdemokratischen Verein gingen ein: Aus Hohenmölsen 30 Mk. Aus Theißen 33.64 Mk. Aus Kretzschau 16 Mk. E. Klix, Hauptkassierer.

Für Parteizwecke:

Teuchern. Weil der rote Unter unten lag 1.20 Mk. Von W. M. 50 Pfg. Von dem Laufejungen zum Kirchweihfeste 80 Pfg. Botenlohn 20 Pfg. Otto.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Dümmig in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190211 3-10/fragment/page=0006